

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

190 (19.8.1931)

Volkstreuend

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE SOZIALMITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gelblichen Mittelkreise kosten 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen 20 Pfennig. Bei Abrechnung nach Zahl der bei Nichterfüllung des Auftrages, bei geschäftlicher Beteiligung und bei anderen sonstigen Umständen sind die Preise zu erhöhen. Die 10 gelblichen Mittelkreise kosten 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen 20 Pfennig. Bei Abrechnung nach Zahl der bei Nichterfüllung des Auftrages, bei geschäftlicher Beteiligung und bei anderen sonstigen Umständen sind die Preise zu erhöhen.

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wanderunterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Junges, Die Musikrevue / Sport und Spiel / Die Welt der Jugend

Abonnementpreise monatlich 2,50 Mark o. Ober, halbjährlich 12,50 Mark o. Ober, jährlich 25,00 Mark o. Ober. Einzelhefte 1 Pfennig. Postgebühren 20% zuzüglich. Bestellungen an den Verlag, Postfach 10, Karlsruhe, oder an den Postamt, Postfach 10, Karlsruhe. Druck: Druckerei 'Volkstreuend', Karlsruhe, Postfach 10.

Nummer 190 Karlsruhe, Mittwoch, den 19. August 1931 51. Jahrgang

Hugenberg und Hitler luchen Hilfe

Die Pleitegeier kreisen über der „nationalen Opposition“

Hugenberg umwinzelt den Reichspräsidenten - Hitler macht Männchen vor Brüning

Im Lager der nationalen Opposition ist zur Zeit ein großer Drang zur Futterrippe im Gang. Nicht aus dem Bedürfnis heraus oder gar in der Erkenntnis, daß dadurch die wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Landes auch nur irgendwie gebessert werden könnten. Der Grund ist der, daß Hitler und Hugenberg sich in einer außerordentlich schwierigen parteipolitischen Lage befinden.

In den Städten geht die Nazibewegung stark zurück. Auch auf dem Lande geht es nicht mehr vorwärts. Die Bewegung stagniert. Die Mittel, sie weiter zu treiben, fehlen. Hugenberg's Räte sind noch größer. Sie sind so, daß sie ein weiteres Ausmaß gar nicht mehr annehmen können. Schon zählt er den Angehörigen seiner Partei die sauer verdienten Groschen nur noch in Raten. Der Zeitpunkt, daß er überhaupt nicht mehr zahlen kann, steht unmittelbar bevor. Aus eigener Kraft wird sich die deutschnationale Organisation jedenfalls kaum noch länger halten können. Man ventiliert deshalb in deutschnationalen Kreisen bereits seit längerer Zeit sogar den Gedanken einer Verschmelzung mit den Nazis. Vielleicht wäre es schon so weit, wenn der Münchener Papst nicht von einem unheilbaren Größenwahnsinn befallen wäre, und als Preis für die Flucht der deutschnationalen Seite zu ihm Hugenberg als gleichberechtigten Konzen neben sich anerkannt würde. Aber noch denkt der große Adolf nicht daran. Dieses Durcheinander und die Klemme, in der Hugenberg sich schlingert, ist ein Zeichen, daß die Futterrippe und zu den schillernden Dingen der Welt gehört. Die Folge davon ist, daß die Volkspartei, die ebenfalls nicht leben und nicht leben kann, hat alles getan, um diesen Drang zu stärken und nichts unterlassen, um ihm zum Erfolg zu verhelfen. Wenn bisher nicht gelungen ist, so liegt das weniger an Herrn Hugenberg als am Zentrum, das sich gegenüber der sogenannten nationalen Opposition nach wie vor in Kampfstellung befindet.

auf der Rechten wider besseres Wissen nennt, sei es nun so oder so, stabilisieren zu helfen. In dieser Situation dürfte auch das Zentrum den Hieb als die beste Parabe betrachten. Aber wie dem auch sei: Wir denken jedenfalls so und werden darauf unser ganzes künftiges Handeln einstellen.

Lombardsatz ab heute 12 Prozent

Die Reichsbank hat auf Grund des Ausweises vom 15. August beschlossen, den Lombardsatz mit Wirkung vom Mittwoch, den 18. August, ab auf 12 Prozent zu ermäßigen.

Bankaufsicht?

Der Wirtschaftsausschuß des Reichskabinetts und der von der Regierung eingesetzte Bankaufsichtsausschuß befahen sich am Dienstag in einer gemeinsamen mehrstündigen Sitzung mit der Frage der Bankaufsicht. Das Problem wurde zunächst einer allgemeinen Erörterung unterzogen. Die Beratungen sollen am nächsten Samstag fortgesetzt werden.

Während der Besprechung fand ein Ministerrat statt, der sich mit dem Stand der Stillhalterverhandlungen in Basel beschäftigte.

Zunahme der Arbeitslosigkeit in England

London, 18. Aug. Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 10. August 2.714.358, was eine Zunahme von 1009 gegenüber dem Stande vom 27. Juli und um 685.622 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres bedeutet.

Der Skandal der Grob pensionen

Reichskabinetts und Reichsfinanzminister sind verantwortlich

Die Frage, ob die Grob pensionäre weiterhin Tausende von Mark jährlich erhalten sollen, während Millionen vor Hunger und Elend nicht ein noch aus wissen, ist bisher von der Reichsregierung nicht nur nicht geregelt, sie ist nicht einmal in Angriff genommen worden. Diese Ungeheuerlichkeit hat jetzt auch das Entsetzen der Presse des Reichskanzlers hervorgerufen. So schreibt der Pressedienst der Zentrumspartei zu dem Skandal:

„Die Diskussion über die Grob pensionäre verstummte in den letzten Monaten nicht. Man wollte wissen, wie die angekündigte Aktion gegen diese hohen Pensionsbezieher verlaufen sei. Zunächst für diese Aktion ist das Reichsfinanzministerium. Dieses hat jetzt eine Erklärung verbreiten lassen, wie wir sie ungeschicklicher und unmaßstabiger noch nie gesehen haben. Nach ihr soll gegen die Bezieher der Grob pensionen überhaupt nichts unternommen werden, weil sie nach der Ansicht des Reichsfinanzministeriums ja auch durch die Gehaltskürzung betroffen worden seien, weil der tatsächliche Wert der Pensionsersparnisse zu geringfügig sei, denn es seien seit der letzten statistischen Angabe über die Grob pensionäre vom Jahre 1926 ungefähr 500 im Generalersatz lebende Pensionäre gestorben. Weiter wird gesagt, daß der Reichsetat durch die hohen Pensionen nicht übermäßig belastet wurde. Wir stehen in der Tat vor einem Rätsel. Wir fragen, welchen Einflüssen wohl das Reichsfinanzministerium unterlegen ist, daß es eine solche ungeschickliche Erklärung veröffentlicht hat. Wir fragen weiter, ob das gesamte Kabinetts, das jene angekündigte Aktion beschlossen hat, sich der Haltung des Reichsfinanzministeriums anschließt. Wir sagen nein, weil wir wissen, daß es sich bei der Frage der Grob pensionäre nicht um eine belanglose Staatsangelegenheit handelt, sondern um eine große politische Angelegenheit, die nicht einfach ad acta gelegt werden kann. Ansehnlich der gegenwärtigen Not, der weiteren in Aussicht genommenen Belastungen des Volkes muß aus moralischen und psychologischen Gründen die Frage der hohen Pensionen unbedingt geklärt werden. Was sich Staaten wie England, die Schweiz, Holland und das mächtige Frankreich nicht leisten, muß auch in dem verarmten Deutschland einer gründlichen Verringerung unterzogen werden. Auf keinen Fall ist das letzte Wort gesprochen.“

Gewiß: das Reichsfinanzministerium hat die ganze Sache verschleppt. Aber verantwortlich ist nicht der Finanzminister allein, sondern das Gesamtkabinetts. Darum sollte der Reichskanzler jetzt wenigstens persönlich Dampf hinter die Sache setzen.“

Die Länderkonferenz in Oldenburg

An der Länderkonferenz in Oldenburg nahmen Vertreter folgender Länder teil: Thüringen, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Lübeck, Mecklenburg-Strelitz, Lippe und Schaumburg-Lippe. Den Vorsitz führte der oldenburgische Ministerpräsident Casseboom.

Ueber die Verhandlungen wurde eine Communiqué herausgegeben, in dem es heißt, daß die Länderkonferenz sich in eingehender Aussprache mit der steigenden finanziellen Notlage befaßte, besonders mit der immer bedrohlicher werdenden Entwicklung der Kassenlage der Länder und Gemeinden, die sofortiger Abhilfe bedürfte. Da die Länder nach rücksichtsloser Drofflung aller sachlichen Ausgaben nicht glaubten, weitere Ersparnisse machen zu können, sei eine Abordnung beauftragt worden, der Reichsregierung den Ernst der Lage darzustellen und auf sofortige Maßnahmen des Reiches zur Erleichterung der Lage der Länder zu drängen.

Zwangswieser Abbau kommunaler Gehälter

Der Berliner Oberbürgermeister hat sich am Dienstag unter dem Druck des Oberpräsidenten von Berlin und Brandenburg bereit erklärt, die Gehälter der Berliner Beamten den Gehältern der Reichs- und Staatsbeamten anzuleichen. Oberbürgermeister Soam hatte gegen diese Forderung bisher protestiert und ein beim Oberverwaltungsgericht gebildetes Schiedsgericht gegen den Oberpräsidenten anerkannt. Der Oberpräsident hat nunmehr die Zahlung von Gehältern an die Stadt Berlin aus dem durch Notverordnung vom 5. Juli aufgestellten Fond davon abhängig gemacht, daß die Stadt ihren Widerstand gegen die Anweisung unverzüglich aufgibt. Dem hat der Oberbürgermeister am Dienstag entsprochen.

Gefängnisstrafe

wegen Beleidigung des Reichskanzlers

Berlin, 18. Aug. (Eig. Meldung.) Vor dem Schnellgericht hatte sich heute der Malergeselle Knipel zu verantworten, der am 15. August am Bülowplatz wegen politischer Ausschreitungen festgenommen wurde. Vor einem Zeitungsstand hatte der Anwalt die beleidigende Äußerungen gegen den Reichskanzler Dr. Brüning und gegen die Reichsregierung laut werden lassen. Der Polizeibeamte, der ihn zum Weitergehen aufforderte, beschimpfte er gleichfalls. Das Schnellgericht verurteilte Knipel wegen Beleidigung zu zwei Monaten und zwei Wochen Gefängnis und wegen Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen zu fünf Tagen Haft.

Aus der KPD

Wie es im Moskower Lager momentan aussieht

In den führenden Kreisen der KPD herrscht nach dem unerwarteten Wählerstreik vom 9. August Kagenammerstimmung, die durch die Anwesenheit der in Aussicht gestellten Moskauer Bannbülle und durch den katastrophalen Rückgang der Parteibeiträge und sonstiger Parteieinnahmen vermehrt wird. Das auf Illegalität umgestellte Zentralkomitee hat sich in diesen Tagen vor der Exekutive der Komintern zu verantworten. Sowohl die Richtung des Wirtspatros Neumann wie die, die Thälmann verdrängen will, ist zur Stelle, um die große Kreditwürdigkeit für weitere Kubelsubventionen zu beweisen. In dem KPD-Laden herrscht ansehnlich des Rückgangs der Beiträge eine große Ebbe. Die Ortsgruppen streiken, die Bezirksleitungen sitzen vollkommen auf dem Erboden. Sie führen fast nichts mehr ab. Geföhrt sind nur die Einkommen derjenigen kommunistischen Angestellten, die ein Mandat bekleiden. Zum organisatorischen Durcheinander stellt sich das ideologische Chaos. Ortsgruppe auf Ortsgruppe zerfallen, weil die ehrenamtlichen Funktionäre die Arbeit eingestellt haben. Die empörten Mitglieder erleben, wie ein Ultraradikalinsti nach dem andern sich aus dem Staube macht und vielfach ins faschistische Lager überläuft. So meldet die oppositionelle Arbeiterpolitik jetzt wieder aus Schlesien, daß der frühere kommunistische Landtagsabgeordnete Scholz bei den Nazis gelandet sei und sich bereits auf einer Turnee gegen die Kommunisten befindet. Die Ratten verlassen das sinkende Schiff.

Haftbefehl gegen eine kommunistische Kolonne

Berlin, 18. Aug. Der Vernehmungsrichter im Polizeivollzugsamt hat gegen die ihm vorgeführten sechs Mitglieder der kommunistischen Kolonne Senge und Genossen, die in der Nacht zum 11. August in Weidenice Nordbröhungen gegen den dort tätigen Polizeioberleutnant Bäder angefallen hatten, wegen des Verdachtes der Bedrohung mit einem Verbrechen und wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten Haftbefehl erlassen. Damit hat sich die Zahl der im Zusammenhang mit den Bülow-Platz-Krawallen verhafteten Kommunisten auf elf erhöht.

Angeht diese Situation hat Hitler am Montag in seinem Münchener Blatt, das übrigens seit der Septemberewahl weit über die Hälfte seiner Abonnenten verloren hat, einen neuen Anbiederungsversuch an Herrn Brüning unternommen. Er erklärt sich durch seine Anbiederung unter „Voraussetzungen“, die er jedoch nicht nennt, zur Teilnahme an einem rechts gerichteten Konzentrationstribunal bereit, angeblich als Erwiderung auf den Mittel eines rechtsgerichteten Zentrumsmannes in einem Berliner rechtsstehenden Blatt, in Wirklichkeit aber auf Veranlassung eines bestimmten Kreises, zu dem Reichskanzler Brüning nicht in direkten Beziehungen steht, der aber glaubt, den Reichskanzler indirekt einfließen zu können. Hitlers Anbiederungsversuch ist zunächst abgelehnt. Daran dürfte auch die Hoffnung eines rechtsstehenden Berliner Blattes, daß sich im Zentrum eine „Neuorientierung“ gegenüber den Nationalsozialisten vollziehen könnte, etwas geändert werden. Jedenfalls erklärt die Berliner Germania am Dienstag kategorisch, daß in diesem Augenblick ein rechtsgerichteter Kabinettsorgane zur Debatte ständen, daß die Behauptung, als habe der Reichskanzler Führer nach rechts ausgestreckt, in keiner Weise den Tatsachen entspricht. Der neueste Anbiederungsversuch der Nationalsozialisten aus der Furcht zu verstehen sei, daß sie den Anschluß verlieren könnten und vielleicht nicht nur diesen, sondern auch die Hintermänner, die die Hand auf dem Geldbeutel haben. Diese Antwort ist unabweisbar, wenn sie auch keine unabhägliche Ablehnung einer Zusammenarbeit des Zentrums mit den Nationalsozialisten enthält und bei der Umbildung des Zentrums nicht entfallen kann, so läßt doch den Schluß zu, daß die Zentrumspartei es bei dem gegenwärtigen Regierungsverhältnis belassen und sich nicht weiterhin auf die Sozialdemokratie stützen will. Dafür liegen übrigens auch eine ganze Reihe anderer Anhaltspunkte vor, auf die näher einzugehen, uns im Augenblick nicht angebracht erscheint. Wir sind darüber im klaren, daß die gegenwärtige Einstellung des Zentrums und seines Reichskanzlers aus reinen Zweckmäßigkeitsgründen erfolgt, wahrscheinlich weil man auch im Zentrum die Überzeugung ist, daß der bevorstehende schwere Winter in der Kampfstellung gegen die Sozialdemokratie überwinden werden kann, zum andern aber auch aus der feig wachsenden Erkenntnis, daß Hitler und Hugenberg heute keineswegs mehr eine reale Macht darstellen und nur parteipolitische Motive, die Not in ihren Rassen und, wie die Germania es ganz richtig ausgedrückt hat, die Furcht, auch die letzten Geldmänner zu verlieren, die Ursachen des Dranges zur Futterrippe bilden. Es hieße das Zentrum verurteilen, wenn man ihm unterstellen wollte, daß es in dieser Situation nichts anderes zu tun wüßte, als die mantende Opposition der nationalen Opposition, wie sich die Gesellschaft

Frankreich unterstützt Ungarn

Paris, 17. August.

„Einst zerbrach Frankreich die Krone Europas. Will es sie jetzt wieder aufrichten?“ heißt es in der Ueberschrift im sozialistischen „Populaire“ vom 16. August. Denn die Unterstützung, die Frankreich Ungarn leistet, wird ein internationaler Skandal, aber auch eine internationale Gefahr.

Am 14. August wurde in Paris in den Räumen der „Königliche ungarische Gesandtschaft“ ein Vertrag unterzeichnet, durch den dasselbe Frankreich, das mit Krediten für Deutschland so vorzüglich ist, dem Grafen Bethlen einen Kredit von fünf Millionen Pfund Sterling zur Verfügung stellt. Das befestigt erneut die Stellung des Grafen, der in den letzten Wochen bereits heimlich ungedeckte Papier-Münzen ausgab. Es ermuntert aber vor allem die ungarischen Legitimisten. Frankreich hätte Ungarn bei Eingabe dieses Kredites politische Bedingungen stellen, es hätte ein Aufheben der offiziellen Habsburg-Propaganda fordern können, aber Frankreich hat sich diese Gelegenheit entgehen lassen, und so bedeutet die Manifestation in dem ungarischen Ort Tibany, die zu Ehren des Königs Karl unter der Leitung des legitimistischen Kardinalsprimas Sereby bei Beteiligung der Regierung und des Parlaments stattfand, eine Verhöhnung der französischen Republikaner. In einer in Tibany ausgearbeiteten Erklärung wird Otto von Habsburg „König von Ungarn“ genannt und 150 ungarische Parlamentarier unterzeichneten das Manifest. Ursprünglich hätte Otto von Habsburg bereits am 20. August zum ungarischen König ausgerufen werden sollen, aber Mussolini machte Schwierigkeiten, der ebenfalls Kredite von Frankreich erhoffte. Heute geben sowohl Mussolini wie Bethlen den Legitimisten die Bahn frei.

Sammerlin hat Mussolini noch nicht die Veröffentlichung der Verlobung des Erbprinzen Otto mit der jüngsten Tochter des Königs von Italien den italienischen Zeitungen gestattet. Dabei spielt wohl vor allem sein Konflikt mit dem Vatikan eine Rolle, der ein großer Förderer der Bestrebungen des Hauses Habsburg ist. Unterstützt heute Italien mindestens durch Zurückhaltung der Bestrebungen der ungarischen Königsfreunde, so läßt der Papst keinen Zweifel darüber, daß er eine Wiederaufrichtung des ungarischen Königtums sehr begrüßen würde. Angehörige des deutschen Zentrums scheinen dabei eine Vermittlerrolle zu spielen, die eine ungeheure Gefahr für den Weltfrieden bedeuten kann. Der „Populaire“ schreibt darüber:

„Die Legitimisten rechnen damit, daß Deutschland ihnen keine Schwierigkeiten macht. Sie betonen, daß der Zentrumsoberordnete und Priester Kaas, der Vorsitzende der katholischen Zentrumspartei, zu welcher der Reichskanzler Brüning gehört, schon seit Monaten mit ihnen in Kontakt hat. Sie behaupten sogar, daß Herr Kaas an den wichtigsten Veranlassungen der Legitimisten, die in Rom stattfanden, teilgenommen habe.“

Es wäre natürlich von größter Wichtigkeit, schleunigst festzustellen, inwiefern Abgeordnete des deutschen Zentrums zu Gunsten der Politik des Papstes die Interessen der deutschen Republik durch eine Zusammenarbeit mit den ungarischen Königsfreunden aufs empfindlichste schädigen. Von England aus wird der ungarische Königskandidat durch das Haus Rothschild gefördert. Ursprünglich verlangte Ungarn sieben Millionen Pfund Sterling, aber man kann es durchaus nicht erfinden, daß Bethlen schließlich nur 5 Millionen erhält; denn auch diese 5 Millionen, die bereits im Voraus ausgegeben scheinen, wurden vor allem für Klüfflungen ausgelegt.

„Es ist eine Schande für Frankreich, daß man an seines Republiktreue zweifeln kann und daß es anerkennend die Restaurierung der habsburgischen Monarchie duldet,“ schreibt der „Populaire“. Es wäre auch eine Erniedrigung Deutschlands, wenn deutsche Republikaner wirklich, wie es in Frankreich und Ungarn behauptet wird, zu den Steigbügelhaltern Ottos von Habsburg gehören sollten. Kurt Leug

Gegen die Schlupfwinkel politischer Rowdys

Berlin, 18. Aug. (Eig. Draht.) Der Berliner Polizeipräsident hat am Dienstag zur Bekämpfung des politischen Rowdytums eine Maßnahme ergriffen, die wir allgemein der Nachahmung empfehlen. Er hat angeordnet, daß ein kommunistisches Verkehrslokal im Norden Berlins bis auf weiteres um 7 Uhr abends statt um 3 Uhr nachts zu schließen ist.

Diese Maßnahme wird wie folgt begründet: In letzter Zeit ist wiederholt festgestellt worden, daß Schanklokale die als Verkehrslokale radikaler Parteien und Organisationen dienen, Sammelplätze für politische Ruhestörer darstellen, von denen Ruhestörungen, Zusammenstöße und Gewalttätigkeiten ihren Ausgang nehmen. Wirte, die einen derartigen Mißbrauch ihrer Gaststätte dulden, führen dadurch Unzuverlässigkeiten für die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung herbei. In Zukunft wird der Polizeipräsident für solche Lokale den Beginn der Polizeistunde auf eine frühere Zeit festsetzen.

Dem Andenken Erzbergers

Am 20. September wird zum Andenken für den vor 10 Jahren ermordeten früheren Reichsminister der Finanzen, W. Erzberger, vor dem Kurhaus in Griesbach im Schwarzwald, unweit der Nordsee, ein Kuppel-„Friedensdenkmal“ geweiht werden.

Am 26. August, dem Tage der Ermordung Erzbergers, findet in Bielefeld am Graebe des ermordeten Zentrumsführers, eine Feier der Zentrumspartei statt. Die Feier wird in Gegenwart der Zentrumsfraktion des Reichstags vor sich gehen. Am Graebe Erzbergers werden u. a. der Vizepräsident des Reichstags und stellvertretende Vorsitzende der Zentrumspartei, Elfer, das Wort nehmen. Nachmittags predigen Zentrumsführer Giesberts und Joss in Biberach.

Die sozialdemokratische Partei wird der 10jährigen Wiederkehr der Ermordung Erzbergers in einer entsprechenden Kundgebung gedenken.

Sieben Millionen!

- Brüning sprach das Wort, dahinter „Grauen und Entsetzen thronen: Arbeitslose gibts im Winter Sieben Millionen!“
- Eine Zahl nur unter Jähden, Aber Zahl der Hölle mächtig, Schredenssahl der Seelenqualen Und vom Schlaf gemiebener Klüfftel
- Können wir es denn ermeslen, Was sie alles birgt an Sorgen, Sorge um das bißchen Essen, Sorge um das Uebermorgen!
- Wierzehn Millionen Frache Arbeitslände rings im Lande... Wierzehnmillionenfache Abbruchkreise Wirtschaftsfände!

Hans Bauer

Bedenkliche Wirtschaft

Abschluß der akuten Krise - Nur negativer Staatssozialismus?

Von Kurt Seinia, M. d. R.

Die Ministerialjuristen feiern nunmehr schon seit vier Wochen beinahe täglich neue Triumphe. Denn die Flut der von ihnen ausgearbeiteten Notverordnungen will noch immer kein Ende nehmen. So viel Notwendiges durch die Reichsregierung auch unüberwältiglich gegeben wurde, so wenig ist das einheitlich getan worden. Immer wieder fühlte man Störungen der klaren Linien. Sie kamen entweder von den schuldigen Großbankiers oder von politischen Phantasten. Die Auswirkungen reichen bis in die Kabinettstufen.

Der freiwillige Arbeitsdienst, die angeblich mögliche und notwendige Beschränkung Deutschlands auf seine eigenen Hilfsquellen, die Absperrung der Grenzen mit 100 Mark Polizeifristen und die Ablehnung von Devisen für Nahrungsmittelimporte sind gleichermaßen Kinderlein Erwachsener. Auf der anderen Seite ist die Art der Maßnahmen zur Verteilung der vom Reiche neu geschöpften Umlaufmengen ebenso wie die Methode der Garantieerteilung und der überflüssig färmende Zulammenbruch der Danatbank nichts anderes als außerordentlich raffinierte Geschäftspraxis von Leuten, die sich gern als harmlose Staatskinder vorstellen.

Rechtzeitig muß erklärt werden, daß der jetzt vom Kabinett Brüning betriebene negative sogenannte Staatssozialismus dringend der Entwicklung in die positive und fruchtbarere Wirtschaftspolitik bedarf. Stellen wir nur einige der wichtigsten Punkte auf.

Wie ist es mit den Gehältern der jetzt vom Reiche gestützten und mit Geldmitteln versehenen Leitern der Danatbank und Dresdner Bank? Die fünf Geschäftsinhaber der Danatbank haben bisher neben ihrem festen Einkommen alljährlich 20 Prozent des Reingewinnes als Lantime für sich in Anspruch genommen. Sie haben noch Ende 1930 mehrere Millionen Mark Lantime bezogen. Der Aufsichtsrat der Danatbank erhielt für das Jahr 1930 240 000 Mark Lantime. Dieser Betrag wurde nach der Generalversammlung, Ende April, also zehn Wochen vor dem Zusammenbruch, an die Herren ausgezahlt.

Bei den acht Direktoren der Dresdner Bank ist in den jüngst vergangenen Jahren die Lantime so hoch gestiegen, daß man sie auch nicht mehr aus dem Statut der Gesellschaft erkennen kann. Dresden den Gehältern werden die Lantimen der Direktoren der Dresdner Bank unter Handlungskosten verbucht. Der Aufsichtsrat der Dresdner Bank hat noch 1930 für sich 162 000 Mark Lantime in Anspruch genommen.

Wir halten es für selbstverständlich, daß die leitenden Herren der Danatbank und der Dresdner Bank in Zukunft mit einfachen Ministerialgehältern zufrieden zu sein haben. Wenn die Herren nur nach Verdienst und nach dem Umfange der breiten Masse bezahlt werden sollten - was das Beste wäre - könnten sie ruhig der Arbeitslosenversicherung zugeführt werden. Bankdirektorengehälter in Höhe von 300 000 bis 800 000 Mark darf es nicht mehr geben.

Das Reich hat auf dem Wege der Notverordnungen und der einfachen administrativen Maßnahmen in den jüngst vergangenen Wochen in weitem Umfange mehrere hundert Millionen Mark

privaten Unternehmungen zur Verfügung gestellt, oder in dieser Höhe Garantien übernommen. Die Notverordnungen reichen ebenso wenig wie Verwaltungsmaßnahmen zur Aufhebung der Reichsbankhaushaltsordnung aus. Sie kann überhaupt nicht durch irgendwelche Maßnahmen irgendwie außer Kraft gesetzt werden. Deswegen ist schon jetzt mit der nötigen Klarheit zu sagen, daß die Rechnungsprüfung über die neuerdings verausgabten Reichsmittel und die bewilligten Garantien rechtzeitig und gründlich vorgenommen werden muß, und daß im übrigen die Reichsregierung alle Vorbehalte zu treffen hat, damit diese Rechnungsprüfung mit ganzem Erfolge durchgeführt werden kann.

Das Bedenkliche an den Hilfsmaßnahmen der Reichsregierung ist wohl, daß die neu geschöpften Geldmittel, die sämtlich Reichsausgaben darstellen, in die Hände der gleichen Leute kommen, die den Zusammenbruch der vergangenen Wochen wesentlich durch ihre Unfähigkeit und wirtschaftliche Kurzsichtigkeit mit verursacht haben. Die Großbanken sind heute in der Industrie in weitem Umfange Aktienbesitzer. Zugleich sind sie Gläubiger der ihnen zu einem Teile infolge ihres Mißverhaltens gebundenen Betriebe. Sollen nun diese so vorbelasteten Finanzkapitalisten jetzt frei verfügen können, wobei ihnen unmittelfarb oder mittelbare Reichsgelder als neuer Kredit fließen? Man darf nicht annehmen, daß ausgerechnet Bankiers ethische Aetheten sind. Sie werden selbstverständlich das Kapital dorthin leiten, wo sie Kapital in höchster Gefahr sehen. Nichts liegt näher, als daß sie die ihnen nachbestehenden Unternehmungen und Konzerne stützen, während sie sich um andere, auch wenn sie gefährlicher sein sollten als die eigenen Kinder, und eher berechnunglos sind, einen Betriebskredit zu bekommen, nicht kümmern. Will einem einfachen Bankenkommisjar ist diese Schwierigkeit nicht zu beheben. Das ist schon deswegen unabweisbar, weil in den Aufsichtsräten sowohl der Danatbank wie der Dresdner Bank die hilfsfertigen, kreditstüchtigen Freunde zu Dutzenden und aber Dutzenden sitzen. Ein Bankenkommisjar wird kaum verhindern können, daß die Banken denjenigen Unternehmungsleitungen, die zu borgen verstehen, die Millionen geradezu ins Haus tragen, ohne auch nur vorzueinander zu wissen. Die beste Lösung wäre ein Bankenkommisjarat mit allgemeiner Weidewilsigt zum mindesten für Großbetriebe.

Man hat etwas den Eindruck, als ob die Ministerbürokratie des Deutschen Reiches in den jüngst vergangenen Wochen zu viel russischen Staats-„Sozialismus“ betrieben hat. Es fehlt nur noch, daß sie auf dem Wege der Notverordnung einen Juni-Jahres-Plan ausarbeitet. Mit Verordnungen, die Vorschriften über die wirtschaftliche Temperatur enthalten, ist kein soziales Problem gelöst. Im Gegenteil, durch die Dutzende von Notverordnungen sind viele soziale Fragen aufgeworfen worden, die in den nächsten Monaten zu vielerlei Auseinandersetzungen führen müssen. Viel staatsmännische Regierungsweltweisheit wird unentbehrlich sein, um rechtzeitig die Wege abzulenken, damit sich nicht die Folgen der vergangenen Wochen in steigenden Arbeitslosensiffern der nächsten Monate widerspiegeln.

Abschluß in Basel

Erst Verzögerungen, dann Einigung

Basel, 18. Aug. (Eig. Draht.) Die Baseler Stillhalteverhandlungen haben am Dienstag neue Schwierigkeiten erleben. Die Streitigen Punkte bilden die Frage der Mark-Guthaben der ausländischen Banken in Deutschland und die Frage der Dauer der Verlängerung der Kredite. Die Markguthaben der ausländischen Banken in Deutschland betragen am 13. Juli einige hundert Millionen Mark. Die Dauer der Verlängerung der Kredite wurde auf sechs Monate festgelegt, gerechnet vom Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens und zwar unter der Bedingung, daß der Kredit von hundert Millionen Dollars, den die Bank von Frankreich, die Bank von England und die Federal-Reserve-Bank der Reichsbank gewährt haben, am Fälligkeitstage um drei Monate verlängert wird. Wenn die Zentralbanken den Kredit nicht erneuern, so gewinnen die Bankiers ihre Handlungsfreiheit zurück. Deshalb verlangte die Reichsbank eine formelle Zustimmung der Zentralbanken, daß der Kredit erneuert wird. Die Zentralbanken dürfen jedoch, gemäß ihren Statuten keinen Kredit für mehr als drei Monate gewähren, so daß es für sie schwierig ist, eine formelle Verpflichtung einzugehen. Ihre Vertreter gaben jedoch zu verstehen, daß sie bereit seien, den Kredit zu erneuern.

Dazu berichtet die Neue Züricher Zeitung: Die Unterzeichnung des Berichts der Experten, die für Dienstag nachmittags 2.30 Uhr vorgesehen war, ist um einige Stunden verzögert worden, da man den Ausgang der Verhandlungen zwischen den Vertretern der Bankiers und den deutschen Delegierten über die zwei noch schwachen Fragen abwarten wollte. Die Verhandlungen wurden am Dienstag von 11 bis 13 Uhr fortgesetzt, blieben jedoch erfolglos. Sollte ein Abkommen nicht erzielt werden, so wird das Expertenkomitee seinem Bericht eine Empfehlung zur Lösung der beiden schwebenden Probleme beifügen. Die Abfassung dieses Teiles des Berichts ist noch im Gange. In den Kreisen des Expertenkomitees wird erklärt, daß sich die Verhandlungen in einer überaus freundlichen Atmosphäre abspielten.

„Wir haben alle“, so erklärte nach der Neuen Züricher Zeitung

einer der Experten, „volles Verständnis für die Schwierigkeiten Deutschlands und wir haben auch Bemerkungen eines weitgehendsten Entgegenkommens an den Tag gelegt. Die Regelung der schwebenden Fragen steht voran, das Vertrauen vorhanden ist. In dieser Hinsicht haben uns die Verhandlungsmethoden der deutschen Delegierten überrascht. Wenn wir Vertrauen zu Deutschland haben sollen, so wird man andererseits auch von seinen Vertretern verlangen müssen, daß sie Vertrauen gegenüber den Finanzleuten der anderen Länder zeigen. In eine Stunde von mehr als fünf Milliarden kurzfristiger Kredite einwilligen und vor der Tatsache stehen, daß ihnen Mark-Guthaben von annähernd 700 Millionen seit dem 13. Juli gesperrt wurden. Wir glauben immer noch, daß wir dem einer Invention Dr. Luthers ein Gentleman-Arument in der Frage der Bankguthaben und der Erneuerung des 100-Millionen-Dollar-Kredits der Zentralbanken und der B.3.3. an die deutsche Reichsbank erzielen werden.“

Einigung in Basel

Basel, 19. Aug. Die bis in die späten Nachstunden fortgesetzten Verhandlungen des internationalen Sachverständigenkomitees zum Abschluß und des basler Stillhalteabkommens wurden kurz vor Mitternacht zu Ende geführt. In sämtlichen Punkten gelangte man nach langwierigen, oft unterbrochenen Verhandlungen zu einer Einigung. Diese gilt auch für die in Reich umstrittenen Fragen der ausländischen Mark-Guthaben in Deutschland. Dieses Problem, dem von deutscher Seite erhebliche Bedeutung beigemessen wurde, ist, wie man hört, in der Weise gelöst worden, daß 20 Prozent der Mark-Guthaben sofort und der Rest allmählich abgezogen werden können. Das Abkommen über diese Frage steht jedoch einem Vertrag vor, insofern, als die Reichsbank gewisse Maßnahmen treffen kann, für den Fall, daß sich durch den Abzug dieser Mark-Guthaben eine Gefährdung der Devisenlage der Reichsbank ereignen könnte. Der eigentliche Bericht des Stillhalteabkommens wird erst im Laufe des Mittwoch zur Unterzeichnung und zur Veröffentlichung kommen.

Aus Hitlers Reich

Der Meiteigeier über der Schlamperci

In dem Montagsblatt, das von dem SA-Hauptmann Stennes herausgegeben wird, finden wir interessante Mitteilungen über die Geschäftslage des „Angriff“, in dem Goebbels seine politischen Weisheiten an den Mann zu bringen pflegt. Das Stennes-Draht will „aus der unmittelbaren Umgebung“ des Dr. Goebbels erfahren haben:

„Der nach der Stennes-Aktion von München aus eingesezte Reichstagsabgeordnete Hans Sintel ist nicht mehr für die „Angriff“ als Prokurist zeichnungsbechtigt. Er leitet nur noch für kurze Zeit den Verlag, ist aber im übrigen ersetzt worden durch den aus München überalshend nach Berlin gesandten Revisor Zierler, der nunmehr sämtliche Anordnungen trifft und das Geschäft des vor dem Zusammenbruch stehenden Berliner Organs in letzter Stunde wendet soll.“

Eine der neuesten Erscheinungen im „Angriff“, der Oberbuchhalter Horn, der in geradezu gewissenloser Weise die schwebenden

Prozesse behandelt und dann in Unkenntnis und leichtfertiger Pflichtvergessenheit den Verlag einen Prozeß nach dem anderen in blamabelster Weise verlieren ließ, den Verlag dadurch um annähernd 20 000 Mark schädigend, ist bis zu seiner Entlassung zurückgelassen worden.

Der dem Verlag des „Angriff“ gehörige Drelwagen wurde in diesen Tagen durch den Gerichtsvollzieher gepfändet, und zwar als Grund rechtskräftiger Urteile früherer Angestellter. Sinfels und Borns geradezu irreführende Leichtfertigkeit bei der Abwicklung der zahlreichen Prozesse hat dem „Angriff“ nach unferen genauen Informationen etwa 1500 Mark unnötige Gerichtskosten verursacht, eine Summe, die genügt hätte, um eine stattliche Zahl Arbeitslosen und hungernder Sturmangehöriger für viele Wochen über Wasser zu halten.

Ob dieser die Sanierung der Zeitung gelingt, ist mehr als fraglich, denn Sand in Sand mit dem Rückgang der Berliner Zeitung geht auch eine starke Verminderung des Absatzes und der Auflage der Zeitung. München hätte die heutige Sanierungsaktion einige Monate früher versuchen müssen.“

Nuntius und Erzbischof

Krach zwischen zwei Kirchenfürsten - Abdankung des Erzbischofs

In der Tschchoslowakei ist es zwischen zwei Kirchenfürsten zu einem Krach gekommen, der die ganze katholische Bevölkerung in dem Erzbistum Prag aufs tiefste erregt. Ganz plötzlich hat der beinahe achtzigjährige Erzbischof Kardinal Kordatsch abgedankt, und es ist ihm in diesem Zusammenhang bekannt geworden, daß diese Abdankung keine freiwillige, sondern eine erzwungene war. Daß ein Erzbischof abdankt, und zumal noch in solch hohem Alter, ist eine in der katholischen Kirche außerordentlich seltene Erscheinung. Die Hauptrolle bei der Abdankung des Erzbischofs spielt der päpstliche Nuntius in Prag, Ciriaci. Schon der Vorgänger des jetzigen Nuntius, Marmaschi, hatte durch sein Verhalten zu lebhaften Differenzen Anlaß gegeben, so daß Rom ihn abberief und es schließlich nur dem großen Nerven des Erzbischofs Kordatsch wieder gelang, Ruhe in die katholische Bevölkerung zu bringen. Erzbischof Kordatsch ist ein Mann von ungewöhnlicher wissenschaftlicher Bildung, von großem Wohlwollen und von größtem sozialem Verständnis. Gerade seiner sozialen Einstellung wegen, ist der Erzbischof Kordatsch bis selbst in die sozialdemokratische Arbeiterbewegung hinein außerordentlich hoch geachtet.

Die im Erzbistum bereitete nun der neue Nuntius Ciriaci ein außerordentlich hartes Leben. Der Nuntius sog eines Tages aus dem erzbischöflichen Palais aus, in dem er Wohnung genommen hatte, weil ihm das Leben zu einfach war. Der Erzbischof pflegt einen sehr einfachen Lebenswandel, an den offenbar der Gelehrte und zum Protest aus dem erzbischöflichen Palais ausson. Der Nuntius verlangt vom Erzbischof, daß ihm ein neues Palais erbaut werde, wozu er sich aber der Erzbischof und durch seinen Einfluß auch die anderen Bischöfe entschieden wehrten. Aber damit war der Herr Nuntius noch nicht zufrieden: Er forderte weiter, daß ihm in dem bekannten Weltbad Karlsbad eine Villa eingerichtet werde, für deren Inneneinrichtung Spenden der katholischen Organisationen sorgen sollten, und wofür auch in der Tat allein die Katholiken des Landes trotz schwerster Wirtschaftskrise rund 100 000 Kronen aufgebracht haben. Der Herr

Nuntius repräsentierte nun ziemlich fürstlich, aber die Tatsachen änderten sich doch durch und es gab lebhaftere Opposition gegen den Nuntius. Der Gelehrte des Papstes scheint aber in Rom doch die stärkere Partei zu sein und so wurde schließlich durch ein recht brüsktes Vorgehen der 80-jährige Erzbischof zur Abdankung gezwungen. Die Stimmung gegen den Nuntius soll auch selbst bei den Frömmsten unter den Katholiken der Erzbischofs eine außerordentlich kritische und ablehnende sein.

Der Herr Nuntius ging noch weiter in seinem Kampfe gegen den Erzbischof. In katholischen Blättern gab er eine Erklärung ab, daß er für seine Person zwar dem Erzbischof in christlicher Liebe verbleibe, aber was die Würde gegen den heiligen Stuhl anbelange, so habe der Erzbischof damit bewiesen, daß er sich der Tragweite seines Tuns nicht vollständig bewußt gewesen sei. Schließlich gab der Nuntius noch die Erklärung ab, dem Erzbischof sei eine Jahrespension von 240 000 Kronen (gleich 30 000 M.) ausgesetzt und ein Schloß als Aufenthaltsort zugewiesen worden. Und zwar stellte der Nuntius das so dar, als ob der Erzbischof, dessen einfache und geradezu spartanische Lebensweise bekannt ist, die Höhe einer solchen Pension erbeten habe und darüber hinaus noch Wagen, Pferde und Kutscher.

Das Domkapitel versicherte in einer Erklärung die Ergebenheit für den heiligen Stuhl, während ein großes katholisches Blatt ganz öffentlich erklärt, daß das Volk solche Diplomaten sprache, Unwahrheiten, bewusste Unwahrheiten nenne, die Lügen und Sünden gegen das alte Gebot seien. Es wird auch darauf hingewiesen, daß der Kapitulat Dr. Picha mit der treibenden Kraft in dem Kampfe gegen den Erzbischof sei. Die Mißstimmung unter der katholischen Bevölkerung ist so stark, daß jetzt gegenwärtig ein tödlicher Kardinal in Karlsbad weilt und mit dem Nuntius heftige Unterhaltungen pflegt. Im katholischen Blättern wird ganz offen erklärt, es wäre das Beste, wenn der Kardinal den Nuntius mit nach Rom zurücknehmen würde. Auf den weiteren Verlauf darf man gespannt sein.



Die Mitglieder des neuen Ausschusses für das Bankgewerbe

Die Reichsregierung hat einen Ausschuss von führenden Industriellen und Nationalökonomern berufen, der die Frage der Bankaufsicht prüfen soll. Oben: Direktor Reinhard (Commerzbank); Dr. Dernburg, Reichsminister a. D.; Geheimrat Schmitz (F. G. Farben); Prof. Philipp Stein. Unten: Der Industrielle Sadelberger-Lörzsch; Direktor Pferdweggen-Röll; Prof. Adolf Weber-München; Dr. Silberding, Reichsminister a. D.

Gewerkschaftliches

Drohende Entlassungen

Frankfurt a. M., 18. Aug. (Eig. Draht). Die Adlerwerke in Frankfurt a. M. beschließen, bis zum 21. August von ihrer 2200 Mann starken Belegschaft 1200 bis 1400 Arbeiter zu entlassen. Das Werk bearbeitet diese Maßnahme mit der Absicht, auf dem Automobilmarkt zu hoffen, daß die Produktionsbeschränkung nur auf den Zeitraum von 4 bis 6 Wochen begrenzt werden kann. Die Adlerwerke beschäftigen in der Inflationszeit bis zu 7000 Arbeiter.

Zum Lohnkampf der Gemeindegewerkschaft

Berlin, 18. Aug. (Eig. Draht). Der Gesamtverband hat am Dienstag zu dem Lohnkonflikt der Gemeindegewerkschaft Stellung genommen. Die Entschiedenheit über die Annahme oder Ablehnung des Beschlusses des Reichsgerichtskommissars fällt jedoch erst am Mittwoch nachmittags in den Tarifkommissionen des Verbandes, deren Mitglieder telegraphisch nach Berlin gerufen wurden. Wie der Konflikt aus der Welt geschafft werden soll, ist im Augenblick noch reichlich unklar. Von einer Entspannung der Atmosphäre ist absolut nichts zu hören.

Lohnkonflikt im Berliner Speditionsgewerbe

Berlin, 18. August. (Funkdienst). Die Funktionäre der im Gesamtverband organisierten Berliner Speditionsarbeiter beschließen am Dienstagabend einstimmig, den für Berlin organisierten neuen Schiedspruch vor allem aus dem Grunde abzulehnen, weil bereits im Frühjahr ein Lohnabbau von 5 Prozent erfolgt sei und der Spruch eine weitere Herabsetzung der Löhne um 4 Prozent vorsehe. Es wurde ferner beschlossen, heute in allen Speditionsbetrieben eine Streikabschirmung durchzuführen. In den Betrieben, die etwa am Freitag dazu übergehen sollten, diktatorisch die Löhne entsprechend dem Schiedspruch zu kürzen, soll am Samstag die Arbeit eingestellt werden. An dem Lohnkonflikt sind etwa 5000 Personen beteiligt.

Graphische Internationale

Eine Vertreterversammlung der internationalen Gewerkschaftsfront ist dieser Tage in Berlin von der graphischen Arbeiterbewegung durchgeführt worden. Die Verhandlungen finden im Verbandshaus der Buchdrucker statt. Sie wurden geleitet von Vertretern des Internationalen Buchdruckersekretariats, des Internationalen Bundes der Lithographen und der Internationalen Buchbinderföderation mit Vertretern von graphischen Organisationen Großbritanniens. Die englischen graphischen Organisationen hatten insgesamt 8 Vertreter entsandt. Da die englischen Verbände der Lithographen, Steinbrucker und verwandten Berufe schon seit rund 30 Jahren dem internationalen Bund dieser graphischen Arbeiter angehören, dachten sich

die Verhandlungen in der Hauptsache nur um den Anschluß der englischen Buchdrucker, Buchbinder und graphischen Hilfsarbeiter. Die zweitägigen freundschaftlichen Beratungen führten zunächst zu einer Verständigung über den Anschluß der englischen Buchbinderarbeiter an die Internationale Buchbinderföderation ab 1. Januar 1932, sowie zur Erklärung der Bereitwilligkeit der maßgebenden englischen Hilfsarbeiterorganisationen zum Anschluß an die Buchdruckerinternationalen, soweit deren Mitglieder im englischen Buchdrucker- und Hilfsarbeitergewerbe in Frage kommen. Die Verhandlungen über diesen Teilanschluß sollen in nächster Zeit zum Abschluß gebracht werden. Die Vertreter der Buchdruckerorganisationen Großbritanniens machten daneben vielfach Bedenken grundsätzlicher und finanzieller Art geltend. Sie haben noch mit einer erheblichen Zerpfaltung in beinahe 20 lokale und regionale Verbände und kleinere selbstän-

Zeppelins Englandfahrt

Überall begeisterter Empfang - Rundfahrt über England

Friedrichshafen, 18. Aug. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist mit 22 Passagieren um 7.04 Uhr zur Englandfahrt aufgebrochen. Mittwochabend fährt dann das Luftschiff die Nacht hindurch mit 24 Passagieren nach Friedrichshafen zurück. Am Donnerstag früh schließt sich unmittelbar nach der Landung etwa gegen 7 Uhr eine achtstündige Schweizerfahrt an, für die auch sämtliche verfügbaren Plätze gebucht sind.

Paris, 18. Aug. Havas meldet aus Gray (Departement Saône-et-Loire, etwa 100 Kilometer westlich von Besançon): Das Luftschiff teilte durch Funkpruch mit, daß es wegen der schlechten Witterungsverhältnisse genötigt sei, seine ursprünglich vorgesehene Flugroute nach London zu ändern. Es werde Frankreich über Besançon, Chalon-sur-Marne und Amiens überfliegen.

Paris, 18. Aug. Der französische Luftfahrtminister hat heute früh vom Luftschiff „Graf Zeppelin“ folgendes Telegramm erhalten:

„Auf dem Wege nach London werden wir Basel gegen 8 Uhr passieren. Wahrscheinliche Route: Belançon—Orléans—Re Havre. Wenn Sie wünschen, werden wir Paris passieren.“

Hierauf hat der französische Luftfahrtminister geantwortet: „Sehr leider nicht sofort Ihr Telegramm beantwortet können. Schlichtes Wetter über Paris. Wünsche eine gute Reise. ges. Dumesnil.“

London, 18. Aug. „Graf Zeppelin“ erreichte kurz nach fünf Uhr nachmittags Brighton mit westlichem Kurs. Es wurde von Tausenden von Badegästen an der Küste bewundert. Man konnte deutlich die Anzeichen beobachten, die an den Benutzern die Aussicht zeigten.

London, 18. Aug. 6.13 nachm. „Zepp“ auf dem Wege nach London. — Kaltet Aussehen nach dem „Zepp“! schlenderten fettergedruckte Straßenplakate den Hunderttausenden entgegen, die um

die Vereinigungen zu rechnen. Diese, von den englischen Vertretern selbst bedauerten unangünstigen Organisationsverhältnisse lassen eine straffere Zusammenfassung auf nationaler Basis noch notwendiger erscheinen als einen internationalen Zusammenschluß. Die überaus sachliche und kollegiale Erörterung dieser Schwierigkeiten führte zu der Zustimmung der englischen Buchdruckervertreter, daß sie die Schaffung entsprechender organisatorischer Voraussetzungen für einen Anschluß an die Buchdruckerinternationalen in Zukunft energischer und wirksamer betreiben und nach besten Kräften die unter den englischen Buchdruckern immer noch herrschende Ueberzeugung gewerkschaftlicher Sonderorganisationen zu überwinden versuchen.

Durch den Anschluß der englischen Buchbinderarbeiter, der eigentlich einen Wiederanschluß an die Buchbinderinternationalen bedeutet und durch den in nahe Sicht gestellten Anschluß der Buchdruckerhelferarbeiten Englands würde sich die Zahl der in den drei graphischen Internationalen vereinigten Gewerkschaftsmitglieder auf über 300 000 erhöhen.

Die Zigarrenfabrikanten strapazieren sich wieder einmal in Lohn- und Arbeitsbedingungen für allgemeinverbindlich erklärt und unabdingbar sind, veranlassen sie — so z. B. neuerdings die Firmen E. B. Gerste in Göttingen und H. u. C. Cloos in Heuchelheim bei Gießen — ihr Personal beim Deutschen Tabakarbeiterverband eine Beratung der Dringlichkeiten zu beantragen.

Der Deutsche Tabakarbeiterverband wird selbstverständlich nichts unversucht lassen, um eine Umgehung aber Durchbrechung der tariflich vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verhindern. Trotzdem kann es nicht schaden, wenn auch die Öffentlichkeit darauf aufmerksam gemacht wird, daß die Zigarrenfabrikanten wieder einmal dabei sind, die ohnehin schon große Not der Tabakarbeiter auszunutzen.

Am 17. August tritt in Stockholm der 10. Internationale Tabakarbeiterkongress zusammen. Die Internationale der Tabakarbeiter umfaßte Ende 1930 in den angeschlossenen Länderorganisationen 122 031 Mitglieder; davon sind 90 696 Frauen.

Aus dem Kassensbericht des Deutschen Werkmeisterverbandes für das 1. Halbjahr 1931. Der Kassensbericht balanziert mit rund 4,5 Millionen RM. Besonders fallen die hohen Beiträge für Unterstützungen in die Augen. Im ganzen 2,5 Millionen, davon allein für Stellenloie 1,7 Millionen. Invalidenunterstützung wurde etwa eine halbe Million gezahlt. Wenn die Entwicklung so weitergeht, wird der Gesamtbeitrag für Unterstützungen im Jahre 1930, der bereits die hohe Ziffer von 3,7 Millionen erreichte, weit übertroffen werden.

Freistaat Baden

Nationalsozialistische Versammlung aufgelöst

Nach dem Verbot einer öffentlichen Versammlung hatte die NSDAP. — Ortsgruppe Pforzheim — eine geschlossene Mitglieder-Versammlung anberaumt, der neben Mitgliedern der Partei gegen 100 andere Personen beiwohnten. Da die Veranstaltung unter diesen Umständen den Charakter einer öffentlichen Versammlung trug, wurde sie polizeilich aufgelöst. Ein Verbot wegen Zuwiderhandlung gegen die Notverordnung vom 28. März 1931 wurde eingeleitet.

Deutscher Kantönligeist

Ins wird geschrieben: Pforzheim ist eine gewerbetreibende Stadt. Im Norden, Osten und Süden von Pforzheim liegt württembergisches Gebiet, Pforzheim selbst aber gehört nach einem unerforschlichen Ratsschluß Napoleons zu Baden. Kein Mensch kommt auf den Gedanken, daß das heute noch viel bedeuten könnte. Die württembergischen Rinteln, die in Pforzheim zusammenlaufen, bringen jeden Morgen Scharen von Arbeitern auch aus dem Württembergischen nach Pforzheim. In Anbetracht dieser Verhältnisse kam eine Pforzheimer Firma auf den gewagten Gedanken, sich in dem eine halbe Eisenbahnstunde süßlich von Pforzheim gelegenen Teinach um die Konzession zur Errichtung der elektrischen Anlage zu bewerben. Da kamen die „Ausländer“ aber schon an. Der Gemeindeverband Elektrizitätswerk Teinach antwortete im Volksgesühl seiner württembergischen Staatsbürgerwürde: „Eine Konzession erhalten nur solche Firmen, die innerhalb Württembergs ein steuerpflichtiges elektrotechnisches Installationsgewerbe ausüben.“ Sehr geistreich! Eine Firma in Friedrichshafen a. B., das viele Schnellwasserstunden von Teinach entfernt liegt, darf sich bewerben, aber beileibe nicht eine Firma, die im wirtschaftlichen Zentrum des Gebietes, zu dem Teinach gehört, ansässig ist. Begreiflich, daß sich die Pforzheimer über solche Schikanen ärgern. Sie weisen darauf hin, daß sich in Pforzheim und nächster badißer Umgebung nahezu 4000 Erwerbslose finden, die man in an Stelle der aus Württemberg kommenden Arbeiter einstellen könne. Auch können aus Stuttgart so und so viele Firmenvertreter gerade der Elektrobranche, in das „Ausland“ Baden. Man muß immer wieder darauf hinweisen, daß die sinnlosen napoleonischen Grenzen nur noch (vorläufig!) erträglich sind, wenn man sie besonders in der wirtschaftlichen Praxis nicht beachtet.

6 Uhr ihre Büros verlassen und nach Hause zurückkehrten. Alles suchte den grauen Himmel ab, als plötzlich das Surren von Propellern von Begleitflugzeugen das Herannahen des silbernen Riesens ankündigte, der unter dem allgemeinen Jubel auf die St. Paul-Kathedrale aufsteuerte. Von dort verschwand das Luftschiff in Richtung des Flugplatzes Hanworth, wo alle Vorbereitungen zum Empfang getroffen waren.

London, 18. August. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ traf am Dienstag gegen 7 Uhr in Hanworth, einem Flughafen nahe von London, ein. Vor der Landung besuchte das Schiff die englische Hauptstadt. Auf dem Flugplatz war die deutsche Flagge gehißt. Bei der Landung ertönte das Deutschlandlied.

London, 18. August. Nach einem Aufenthalt von knapp 1 1/2 Stunden auf dem Flugplatz Hanworth ist das Luftschiff „Graf Zeppelin“ zu seinem großen Rundflug über England gestartet. Dr. Eckener wurde vom Publikum geradezu enthusiastisch begrüßt. Die Begleitschwärme nahen derartige Formen an, daß die Abwehrmaßnahmen förmlich vom Platz gefegt wurden. Man mußte darangehen, mit ausgespannten Seilen die Menge zurückzudrängen und so endlich wieder etwas Raum zu schaffen. Dr. Eckener, der in der Tür der Gondel stand, winkte der Menge lächelnd zu. Sich von seinem Luftschiff zu trennen, war er trotz allen Drängens seiner Bewunderer nicht zu bewegen. Schließlich wurde ein Mikrophon in die Gondel hinaufgeführt, um es Dr. Eckener zu ermöglichen, von seinem Platz aus einige Worte an das englische Rundfunkpublikum zu richten.

London, 19. August. Gestern abend um 10.15 Uhr überflog „Graf Zeppelin“ Bournemouth. Das Luftschiff hatte fast genau westlichen Kurs und flog mit großer Geschwindigkeit sehr niedrig. Es herrschte zur angegebenen Zeit regnerisches Wetter bei schwachem Wind.

Textil-Internationale

Berlin, 18. August. Am Montag trat im Berliner Krollhaus am Platz der Republik der 13. Internationale Textilarbeiterkongress zusammen. Der Empfang der Delegierten fand bereits am Sonntag abend im Rahmen einer feierlichen, aber eindringlichen Feier in der Krolloper statt. Die Feier bestand in einem Jubelakt des Deutschen Textilarbeiterverbandes, der auf vierzig Jahre schwerer, aber fruchtbarer Arbeit für den Aufstieg des Arbeiterproletariats zurückblicken kann. In seiner Ansprache beleuchtete der Verbandsvorsitzende mit einem Blick in die Vergangenheit die Bedeutung dieses Jubiläums. Es geht uns schlecht zur Zeit, und nicht um wenigsten geht es den Textilarbeitern schlecht, und trotzdem hebt das Textilarbeiterproletariat heute besser da als die hungrigen Arbeiter vor einem halben Jahrhundert. Arbeitszeiten von 12 bis 15 Stunden, Wochenlöhne von 6 bis 13 Mark, Kinderarbeit in Textilfabriken und Betrügereien bei der Entlohnung der Arbeiter, keine Pause für das Weibchen, — nur Arbeit, Arbeit und noch mehr Arbeit, nur Sorgen und Not. Heute hat der Textilarbeiter wenigstens die Chance und die Kraft im Kontakt mit der gesamten Aktion der organisierten Arbeiterklasse von neuem zur Verbesserung seiner Lebensbedingungen vorzustoßen, sobald die Krise auch nur etwas nachläßt.

Wie das gemacht werden kann und gemacht werden muß, schilderte temperamentvoll der Sekretär der Textilarbeiterinternationale, zugleich Mitglied der englischen Arbeiterregierung Thomas Shaw. Englich, französisch und deutsch hämmerte er in seinen Begründungsworten es in die Köpfe: Organisation, Zentralisation und internationale Zusammenfassung der Kräfte! Sie allein können die Arbeiterklasse vorwärts bringen. Die Bannerträger in diesem Kampfe müssen die Textilarbeiter sein, denn es geht nichts Internationaleres als die Textilindustrie, die aus allen Teilen der Welt ihren Arbeitsstoff hole und in alle Teile der Welt ihr Arbeitsprodukt liefere. Thomas Shaw frische und natürliche Art gab seinem Appell zur Sammlung der Kräfte besonderen Nachdruck, wie der stürmische Beifall, mit dem seine Rede aufgenommen wurde, deutlich bewies.

Internationale Arbeit, mehr internationale Arbeit! Das war auch die Parole, mit der am Montag der Kongress seine Arbeit begann. Heute tritt, so betont der Vorsitzende in seiner Begründung der Gäste, die Bedeutung der Internationale der Gewerkschaften deutlich in das Bewußtsein der von der Krise heimgeschlagenen Menschheit. Diese Arbeit ein kräftiges Stück vorwärts zu treiben, das sei neben der Erledigung der unmittelbaren Sorgen der Textilarbeiter-Internationale: Rationalisierung, Arbeitszeit, Kunststoffe usw. nicht zuletzt Aufgabe und Zweck des Kongresses.

Den Reigen der Gäste, die auf dem Kongress erschienen sind, eröffnete der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, Ministerialrat Dr. Reichlich. Er ersuchte die Teilnehmer, dem die Überleitung mit Arbeit die Teilnahme am Kongress unmöglich mache, und betonte, daß der Minister die Arbeiten der Tagung mit großer Anteilnahme verfolgen werde.

Den Gruß der Sozialdemokratischen Partei überbrachte der Parteivorstand Otto Wels aus von dem Hinweis

Schröders auf die wachsende Bedeutung der internationalen Arbeit. Die Tagung, so führte er aus, werde auch das politische Problem, das zur Zeit die deutsche Arbeiterklasse beschäftigt, berühren müssen. Politik und Wirtschaft hängen heute enger zusammen denn je. Die großen wirtschaftlichen Probleme der Welt sind nicht mit wirtschaftlichen Mitteln allein zu lösen. Auch die Politik muß da mithelfen. Den starken Einfluß der Politik auf das wirtschaftliche Geschehen haben wir gerade in Deutschland seit dem 14. September 1930 zur Genüge und bitter genug erfahren. Mit dem Aufstieg des Faschismus kam der Abstieg der Wirtschaft, kam die Zerschlagung des Kapital- und Arbeitsmarktes. Die durch den Faschismus hervorgerufenen politischen Spannungen verschärfen die Weltkrise. Die internationale Verschlechterung der Wirtschaft ist so groß geworden und deshalb müssen auch politische Störungen in einem wirtschaftlich bedeutsamen Land sich international schädlich auswirken. Sozialdemokratie und Gewerkschaften haben deshalb den Kampf gegen die Zerstörer der Wirtschaft und die Vermehrer der Not der Nation geführt. Die Taktik, die sie dabei anwenden mußte, war überwiegend aber nicht erfolglos, wie schon erst der Volksentscheid in Preußen gezeigt hat. Die deutschen Arbeiter tragen die Opfer, weil sie bei den Stellen draußen in der Welt für ihre Anstrengungen zur Erhaltung des Friedens und zur Erhaltung der Demokratie, den Voraussetzungen zum Wiederaufstieg, Verständnis und Hilfe finden. Der Name Venediger ist der beste Beweis dafür. Sein Kampf um die Abrüstung und für den Frieden, seine tatkräftige und auch erfolgreiche Hilfsbereitschaft für Deutschland ist ein Faktum, das die internationale Arbeiterbewegung auf ihr Konto buchen kann. Die internationale Aktion der Arbeiter wird nicht zuletzt von den Berufsinternationalen der Gewerkschaften getragen. Der Kampf um den Fortschritt dieser Aktion ist in vollem Gange, ja, er hebt jetzt erst recht an. Und die Seerichtung der Textilarbeiter-Internationale muß auch der Mobilisierung der Kräfte dienen, die diesen Kampf mit neuem Elan weiterführen sollen. In diesem Sinne der Tagung der Textilarbeiter-Internationale besten Erfolg.

In ähnlichem Sinne sprach Hermann Müller, der Vertreter des allgemeinen Gewerkschaftsbundes und Schönewalds, der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Der Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes, Staal, streifte in seinem Begründungswort vor allem die Schwierigkeiten der Genfer Versuche, auch für die Textilindustrie ähnlich wie für den Bergbau, ein internationales Abkommen zu schaffen zur Regelung der Arbeitsbedingungen und zur Eindämmung der Ueberproduktion und der ungelunden wilden Konkurrenz.

Jahre seien leider vergangen, bis zur Not ein Fragebogen des Arbeitsamtes habe fertiggestellt werden können. Außergewöhnliche Verbältnisse verlangen jedoch außergewöhnliche Maßnahmen.

Die Textilarbeiter-Internationale ist, wie aus dem Bericht des Internationalen Sekretärs Thomas Shaw hervorgeht, organisatorisch unerschütterlich. Die in Genf versicherte Mitgliedschaft von über 925 000 ist nur auf 917 000 zurückgegangen.

man auch die eingeführte Ausreisegeld, die bekanntlich zu manchen unerwünschten Folgerungen geführt hat und deren weitere Beibehaltung nicht im Interesse des Wirtschaftslebens liegt. Auf diesem Gebiete hat die Kammer in weitem Umfange und zwar gleichfalls ohne eine besondere Gebühr zu verlangen, im Interesse eines freien internationalen Geschäftsverkehrs Bescheinigungen ausgestellt, auf Grund deren die Firmen von der 100-Mark-Gebühr befreit wurden. Die in Frage kommende Verordnung ist aber jetzt so durch Ausnahmegestimmungen durchlöcherig, daß die Kammer ihre baldige völlige Beseitigung für geboten erachtet, da sie nur noch eine unnötige Befragung der mit ihrer Durchführung betrauten Stellen bedeutet.

Leider mußte im weiteren Verlauf der Verhandlungen festgestellt werden, daß in Wirtschaftsfragen weniger kundige Später immer noch glauben, ihr Geld sei zu Hause besser aufgehoben, als auf der Sparkasse, obwohl zu irgendwelchen Voraussetzungen um die Erhaltung der Spargelder keinerlei Grund vorhanden ist. Die Kammer richtet deshalb auch ihrerseits gerade an die hier in Frage kommenden Kreise die Bitte, durch Ruhe und Besonnenheit den Sozialisten die Abwicklung ihrer Geschäfte zu erleichtern und nicht durch wirtschaftlich unberechnete Anstößigkeiten zu neuen Störungen im Zahlungsverkehr beizutragen. — Ferner wird sich die Kammer für einen Abbau der hohen Verzugsausläge für Steuerrückstände einsetzen und dahin wirken, daß bei der Erhebung dieser Rückläge nicht schematisch verfahren, sondern auf die Tatumsstände im Einzelfalle zur Schonung von zahlungsunfähigen und schuldwürdigen Steuerzahlern gebührend Rücksicht genommen wird.

Die Internationale zum 6. Reichsjugendtag in Frankfurt a. Main

Damit die Rückkehr zu normalen Lebensbedingungen in Europa möglich wäre, ist nötig, daß dem Weltfrieden ein Ende bereitet wird, daß die Militärlasten in größtem Ausmaße herabgesetzt werden, daß die Gleichheit in der Sicherheit sich verwirklicht durch die Gleichheit in der Abrüstung.

Inzwischen droht der Faschismus. Die übelsten Formen der Demagogie schieben üppig ins Kraut. Die mittleren Parteien sind dezimiert. In Deutschland wie anderswo ist die Demokratie gefährlichen Angriffen ausgesetzt.

Um sie zu verteidigen, um sie zu vertiefen, um aus einer bürgerlichen Demokratie in eine soziale Demokratie zu verwandeln, ist der Sozialismus da, und im Sozialismus die Jugend. Diese Jugend ist es, die beim 6. Reichsjugendtag der SA, das Strahlenbild Frankfurts beherrschen wird. Dieser Jugend sende ich eine Botschaft des Glaubens und der Hoffnung an unseren Sieg.

Emile Vandervelde
Vorsitzender der Sozialistischen Arbeiterinternationale.

Nach dem Wiederaufbau der einheitlichen Sozialistischen Jugendinternationale, der anlässlich des Hamburger Internationalen Sozialistischen Einigungskongresses im Jahre 1923 erfolgte, hat die Sozialistische Arbeiterjugendinternationale, die heute eine viermillionen Mitglieder zählt, insbesondere auf dem Gebiete der Ausbildung der Jugendführer, unter Stützung des internationalen proletarischen Geistes unter der proletarischen Jugend aller Länder erfolgreich gewirkt. Besonders die beiden großen internationalen sozialistischen Jugendtreffen, von denen das erste im Jahre 1926 in Amsterdam und das zweite 1929 im roten Wien stattgefunden hat, haben gezeigt, daß der Glaube an die siegreiche Kraft des internationalen demokratischen Sozialismus unter der arbeitenden Jugend fündig im Zunehmen begriffen ist. Alle Anstrengungen der faschistischen und nationalistischen Reaktion werden an der Tatsache nichts ändern, daß die junge Generation des internationalen Proletariats den Sieg des internationalen Sozialismus mit erziehen helfen wird.

Karl Heins-Wien
Vorsitzender der Sozialistischen Jugendinternationale.

Volkswirtschaft

Die deutschen Aktiengesellschaften

Das Reichsstatistische Amt legt das Ergebnis seiner Erhebungen über den Abschluß der deutschen Aktiengesellschaften vor, der in die Zeit des vierten Quartals 1930 fällt. Man erhält ein Bild über die Auswirkungen der Krise auf die Bilanz. Erfährt werden über 2200 Aktiengesellschaften von 1927 und ein Aktienkapital von 14 Milliarden Mark von einem Gesamtkapital von 22 Milliarden Mark.

Vergleicht man die Dividendenreduzierung während der Krise z. B. in Amerika, so muß man für die deutschen Aktiengesellschaften feststellen, daß sich ihre Dividendenpolitik als äußerst widerstandsfähig erwiesen hat. Der Anteil der Gesellschaften, die im Jahre 1930 keine Dividenden ausschütteten, wird mit 44,1 Prozent gegen 34,6 Prozent im Vorjahre angegeben. Die Durchschnittsdividende ist mit 5,51 Prozent berechnet worden gegenüber 7,41 Prozent im Vorjahre. Bleiben die Banken, Beteiligungsunternehmen und das Versicherungswesen unberücksichtigt, dann ergibt sich eine Durchschnittsdividende von 5,14 Prozent gegenüber 7,00 Prozent im Vorjahre. Zur Zahlung der Dividenden wurden rund 564 Millionen Mark aufgewandt gegenüber 780,5 Millionen im Vorjahre. Ohne Banken um 437,2 Millionen Mark gegen 600 Millionen Mark.

Die Erweiterung der Anlagen hat sich fortgesetzt. Insgesamt ist der Anlagenwert von 8745,4 Millionen Mark im Jahre 1929 auf 8992,7 Millionen Mark im Jahre 1930 gestiegen. Größere Veränderungen haben sich in der Verschuldung vollzogen. Die langfristige Verschuldung wurde für 1929 mit 8834,7 Mill. Mark angesetzt. Sie ist im Jahre 1930 auf 10 172,2 Millionen Mark gewachsen. Das Bestreben, kurzfristige Verschuldung in langfristige zu überführen, hat also weitere Erfolge gezeitigt. Im Zusammenhang damit haben sich die kurzfristigen Schulden ermäßigt. Sie gingen von 23 935,1 Millionen Mark im Jahre 1929 auf 22 974,6 Millionen Mark zurück. Die flüssigen Mittel haben sich nur wenig verringert (31 583,2 Millionen Mark im Jahre 1930 gegen 31 679,7 Millionen Mark im Jahre 1929). Entsprechend der Preisabflachung werden die Vorräte für 1930 nur mit 2196,9 Millionen Mark angesetzt gegenüber 2 486,4 Millionen Mark im Vorjahre.

Die Handelskammer Karlsruhe zur Wirtschaftslage

In der letzten Vollversammlung der Handelskammer Karlsruhe, die von ihrem Präsidenten, Herrn Konrad Nicolai, geleitet wurde, bildete die augenblickliche Wirtschaftslage Gegenstand einer eingehenden Aussprache. Die Handelskammer konnte mit Befriedigung feststellen, daß in den letzten Wochen mehr und mehr eine ruhigere Beurteilung und damit eine Entspannung der Verhältnisse eingetreten ist. Sie erblickt in der allgemeinen Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs ein sicheres Zeichen für die Wiederkehr des Vertrauens. Für die Geschäftstätigkeit der Kammer brachten die Ereignisse der letzten Wochen eine außerordentlich starke Anregung mit sich, und die Erledigung der den Handelskammern aus den Vorverordnungen erwachsenen Arbeiten bedingte äußerste Anspannung aller Kräfte. Die Vorschritten über die Regelung des Devisenverkehrs haben u. a. vorgelehen, daß handelsgerichtlich eingetragene Firmen eine allgemeine Genehmigung der Devisenbewirtschaftungsstelle erteilt werden kann. Dabei sind die Handelskammern zu Vorprüfungsstellen ernannt worden. Denjenigen handelsgerichtlich eingetragenen Firmen, deren Gewerbebetrieb regelmäßig Geschäft mit sich bringt, zu deren Abwicklung Zahlungen nach dem Ausland notwendig sind, um Einfuhr-, Ausfuhr- und Transithandel von Waren und die damit zusammenhängenden Geschäfte im Rahmen ihres bisherigen Geschäftsbetriebes durchzuführen, stellt die Kammer eine besondere Bescheinigung aus. Die antizipierenden Firmen haben, um diese Bescheinigung zu erlangen, an Hand von Unterlagen den Nachweis zu erbringen, daß ihr Gewerbebetrieb regelmäßig Geschäft der erwähnten Art aufweist. Die Bescheinigung, für die die Handelskammer, um den Firmen in der gegenwärtigen schweren Zeit entgegenzukommen, trotz der für sie damit verbundenen erheblichen Mehrbelastung, keine Gebühr erhebt, ist dem Landesfinanzamt Karlsruhe, Stelle für Devisenbewirtschaftung, vorzulegen. Der Devisenbewirtschaftung unterliegen nicht, was noch nicht allgemein bekannt zu sein scheint, Geschäfte, bei denen im Monat ein Betrag von 3000 M nicht überschritten wird. Im übrigen wurde in der Aussprache besonders auf die große Wichtigkeit eines möglichst freien Devisenverkehrs im Interesse der Aufrechterhaltung der internationalen Geschäfts- und Handelsbeziehungen hingewiesen. Unter dem gleichen Gesichtspunkt betrachtete

tung, vorzulegen. Der Devisenbewirtschaftung unterliegen nicht, was noch nicht allgemein bekannt zu sein scheint, Geschäfte, bei denen im Monat ein Betrag von 3000 M nicht überschritten wird. Im übrigen wurde in der Aussprache besonders auf die große Wichtigkeit eines möglichst freien Devisenverkehrs im Interesse der Aufrechterhaltung der internationalen Geschäfts- und Handelsbeziehungen hingewiesen. Unter dem gleichen Gesichtspunkt betrachtete

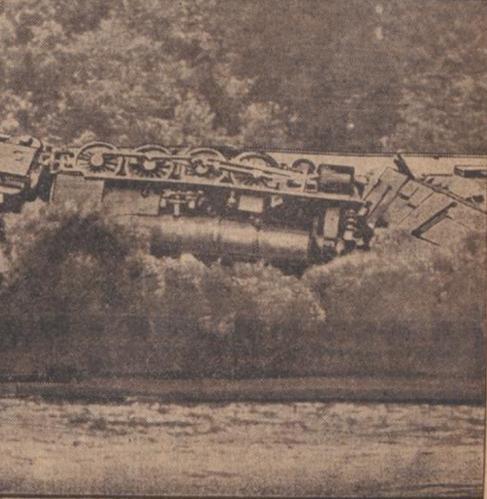


Die Aufbahrung der ermordeten Berliner Polizeioffiziere

Ehrenwache vor den Särgen.
In Berlin wurden die bei den Kommunisten-Anrufen am Bülowplatz ermordeten Polizeioffiziere unter großer Anteilnahme der Bevölkerung zur letzten Ruhe bestattet.

Zu dem furchtbaren Eisenbahnunglück in Steiermark

Funkbild von der Unglücksstätte bei Leoben: Die umgestürzte D-Zuglokomotive mit Tender. Im Vordergrund der Mur-Fluß. Der Expreszug von Rom nach Wien ist bei der Einfahrt in den Bahnhof Göß bei Leoben (Steiermark) auf einen Güterzug aufgefahren. Die Lokomotive und die drei ersten Wagen des Zuges entgleisten und stürzten die Böschung herunter. Bis her sind 12 Tote und 10 Schwerverletzte zu beklagen.



Aus aller Welt

Unwetterkatastrophe im vorderen Oberrhein

Darmstadt, 18. Aug. Ueber Darmstadt und den vorderen Oberrhein ging heute nachmittag ein schweres Unwetter nieder, das stellenweise bedeutenden Schaden anrichtete. Bei Niederramstadt ist die Moban über die Ufer getreten. Wohnhäuser und Ställe wurden in aller Eile geräumt. Die Hauptstraße wurde für den Verkehr gesperrt, da die Brücke einzustürzen droht. Die Autostraße Darmstadt-Heidelberg ist unpassierbar. Sowohl in Niederramstadt als auch in Eberstadt mühten die Feuerwehren und freiwillige Hilfskräfte eingesetzt werden. Soweit bisher festgestellt werden konnte, sind Menschenleben nicht zu beklagen. Noch gegen halb 9 Uhr abends wurde ein weiteres Steigen der Moban gemeldet.

Bankenführung im Staate Ohio

Toledo (Ohio), 18. Aug. Vier Banken, die zusammen Aktien von 100 Millionen Dollars aufweisen, haben angekündigt, daß sie ihre Schalter nicht öffnen werden. Auch elf Sparkassen werden die Auszahlung der Einlagen einstellen.

Raubüberfall auf eine Reichsbanknebenstelle

Berlin, 18. Aug. Auf die Reichsbanknebenstelle Schöneberg wurde heute Mittag ein Raubüberfall verübt. Drei Männer drangen mit Revolvern in die Bank ein, verletzten einen Oberkassierer und flüchteten mit einer größeren Geldsumme. Bei der Verfolgung haben die Täter auch ein Kind angefaßt und eine weitere Person verletzt.

Schweres Autounglück bei Kaiserslautern

Kaiserslautern, 18. Aug. Bei einem Genossenschaftsfest in Bahnheim ereignete sich gestern abend gegen 10 Uhr ein schweres Autounglück. Ein Personenwagen fuhr auf einen während eines Feuerwerks an der Straße stehenden Lieferwagen berast auf, daß der Wagen in den Graben geschleudert wurde und vier dort stehende Personen mit sich riss. Dem 55jährigen Verkehrssachverständigen wurden die Rippen einbeschlagen, so daß er bald darauf im Krankenhaus verstarb. Zwei Frauen trugen schwere Verletzungen davon, während ein weiterer Mann leichtere Wunden erlitt. Dem Autoführer selbst geschah nichts. Die Gerichtsbehörden nahmen noch in der Nacht den Tatbestand auf.

Sturmschäden in England

London, 18. Aug. Bierzehn Personen verloren ihr Leben infolge der Stürme, die gestern mit nur wenig vermindelter Gewalt andauerten und in vielen Teilen des Landes riesigen Schaden anrichteten. Im Seebestrikt wurde eine Familie vom Blitz getroffen. Ein Mädchen wurde getötet, sein Vater und noch eine andere Person wurden schwer verletzt.

Wirbelsturm zerstört in Südamerika 400 Häuser

Buenos Aires, 18. Aug. Laut Nachrichten aus Uruguay hat ein Wirbelsturm in Villa Rica und in anderen Gegenden von Paraguanay 400 Häuser zerstört. Fünf Personen kamen ums Leben, 100 wurden verletzt.

Das Schicksal eines Defraudanten

Maubach (Pfalz). Blättermeldungen zufolge hat der ehemalige hiesige Bürgermeister Wolf mit seiner Familie ein tragisches Ende gefunden. Wie aus Argentinien mitgeteilt wird, wurden dort auf einer Bestattung die Leichen einer Familie (Mann, Frau und zwei Kindern) aufgefunden. Aus hinterlassenen Schriftstücken geht hervor, daß es sich um eine Familie Wolf aus Maubach handelt. Frau und Kinder weisen Kopfschüsse auf, während der Mann zwei Schußöffnungen in der Brustgegend hat. Zweifelslos hat Wolf, der vor einem Nichts stand, zuerst seine Familienangehörigen im Schlaf erschossen und dann sich selbst. Verantwortlich ist Bürgermeister Wolf vor Jahresfrist aus Maubach, wo er über sechs Jahre die Gemeindeverwaltung führte, unter Hinterlassung großer Schulden geflohen. In Argentinien erwarb er eine größere Farm, auf die er allerdings

nur eine kleinere Anzahlung leisten konnte. Als er seinen Restverpflichtungen nicht nachkommen konnte, erstattete der Verkäufer Anzeige. Wolf wurde verhaftet, seine Vermögen beschlagnahmt und er schließlich als lästiger Ausländer des Landes verwiesen. An eine Rückkehr in die Heimat war nicht zu denken, da er über kein Geld verfügte und in Deutschland eine Aburteilung befürchten mußte. So trieb sich Wolf in den letzten Monaten in Argentinien herum, von einem Ort zum andern und immer wieder von der Polizei ausgewiesen. Dabei scheint er die wenigen Mittel die er noch beiseite hatte, vollkommen aufgebraucht zu haben, so daß er nunmehr vor dem Nichts stand.

Gewinnauszug

5. Klasse 37. Preussisch-Sächsische Staats-Lotterie. Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Jede gezogene Nummer hat zwei gleich hohe Gewinne auf sich, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

7.ziehungstag 17. August 1931

On der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

14 Gewinne zu 5000 M.	8145	29602	30157	59086	13523	169897
18 Gewinne zu 3000 M.	38352	106481	128285	137481	139359	316129
16 Gewinne zu 2000 M.	10041	18932	25830	26947	70091	146679
195963	198250	199793	204409	228614	242899	250149
261777	282279	292291	296072	296687	304310	330358
331217	341354	348932	360745	376424		
76 Gewinne zu 1000 M.	33538	52245	53007	60019	71158	73153
91423	112420	115336	129708	129916	132077	134506
139537	141551	162288	164774	179339	210010	231454
232408	239960	241381	242407	248885	299651	310544
326053	326651	310544	326053	326651	340693	347925
350772	364021	372667	373076	375252	384741	397625
182 Gewinne zu 500 M.	498	15318	13721	14958	20071	30807
31396	46413	52421	60503	65898	69037	69034
72673	73248	77456	77720	86808	86396	98842
99780	102034	106128	109198	112526	128723	139596
139596	139592	140237	141817	144901	146341	147420
150643	150654	158873	164474	169395	170293	174151
174376	178048	186618	195930	207781	209289	216591
217539	222828	228566	224726	227346	229184	236005
249882	250203	260690	263746	264823	270276	272843
277022	279692	284532	289897	303372	304919	305008
315593	316674	326662	327235	338551	338665	339645
340511	342064	355765	358780	364332	369756	371437
373485	384062	384730	385604	388767	387131	397060

On der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 10000 M.	393618	
14 Gewinne zu 5000 M.	69667	141932
197227	229199	254961
334053	394733	
16 Gewinne zu 3000 M.	33256	54688
75465	92539	166730
202118	313628	323283
70 Gewinne zu 2000 M.	15875	48553
85441	92113	103773
185418	186698	192432
200954	207340	224239
229496	236591	246448
250763	255119	260067
268397	278181	280254
295256	296424	300719
319891	330254	338926
341579	346256	346431
349060	356876	357074
374300	392873	
100 Gewinne zu 1000 M.	260	21156
26463	28721	36282
46470	58439	72743
74881	80119	106595
114352	114891	127295
128185	130241	131703
151988	152740	153874
174893	190643	196554
200592	205224	222806
234428	236853	252267
258600	261674	281463
293377	296825	298913
302597	329679	330249
336361	341598	346262
349286	351284	359773
363513	363109	369859
371005	379196	391622
234 Gewinne zu 500 M.	81	598
2270	7130	7231
9001	9589	12380
13904	17935	23208
24350	25323	32931
32713	33839	35155
38965	40190	43773
44373	45735	49170
50519	52619	55960
60967	64729	70072
73112	80976	91509
93657	100077	106596
116454	118700	122464
123675	128701	132335
133594	134650	136423
139435	139815	142740
145215	156393	161821
163779	164979	170641
175478	187190	187645
195373	201801	201826
203564	211181	212392
213699	215069	217091
217487	221641	228604
229405	229405	232252
232252	233959	240476
241298	243452	247273
253462	256474	261563
262815	266493	271479
275488	280078	286135
291411	304109	304785
307716	308845	310827
310685	313489	318934
322622	327976	328344
328373	334313	337379
352815	356642	357681
360563	363378	368424
368524	369859	381872
384270	386627	

Im Gewinnverzeichnis: 2 Prämien zu je 500000, 2 Gewinne zu je 50000, 2 zu je 20000, 2 zu je 10000, 4 zu je 10000, 6 zu je 75000, 8 zu je 50000, 28 zu je 25000, 145 zu je 10000, 382 zu je 5000, 736 zu je 3000, 2245 zu je 2000, 4468 zu je 1000, 7280 zu je 500, 22212 zu je 400 Mark.

Gemeindepolitik

Bürgermeisterwahl in Eberbach

Eberbach, 18. August. Der gestrige dritte Wahlgang brachte eine große Ueberraschung: Mit 47 Stimmen der gesamten bürgerlichen Parteien wurde Rechtsanwalt Dr. F. Wenz als Ludwigshafen a. Rh. gewählt. Der nunmehr gewählte Bürgermeister stand nicht in der engeren Wahl. Der Bürgermeister ist 32 Jahre alt und ledig. Die Sozialdemokraten haben wieder auf ihren Kandidaten, Stadtrat Theodor Kappes, 14 Stimmen ab, die Kommunisten gaben fünf weiße Zettel ab, die übrigen fehlenden Stimmen von 72 Stimmberechtigten blieben der Wahlurne fern.

i. Oberhausen. Für den verstorbenen Bürgermeister Reeser fand hier am Sonntag Bürgermeisterwahl statt. Hierbei wurde Johannes Wenz zum Bürgermeister gewählt.

Gemeinderatsbeschlüsse

Berghausen (Sitzung vom 14. August)

Die Bedienung der Gemeindefelder soll öffentlich vergeben werden; außerdem sollen Ersatzteile für die Presse beschafft werden. Die Lieferung derselben wurde dem Ludwig Hed. Elchesheim, übertragen. Ein Gesuch des hiesigen Turnvereins 1890 betr. Ergänzung seines von der Gemeinde genutzten Turnplatzes wurde aus dem Gesichtspunkt der Verhältnisse abgelehnt. Die an den Turnplatz angrenzende ehemalige Gänseweide wurde obengenanntem Verein vorübergehend überlassen. — Bezüglich der in der Bad. Presse erschienenen unklaren und daher für die hiesigen Gemeinderäte beleidigenden Zeitungsnotiz (betr. Felddiebstahl) wurde der Bürgermeister beauftragt, eine Richtigstellung zu verlangen. — Die Bestellung eines Schäfers für die Tabakfelder wurde vorgenommen, ebenso die Bestellung von Mitaliedern für die neu zu bildende Steuerzuschüsse. — Ein Gesuch betr. Erlassung der Gebäudedonationssteuer wurde, weil vorläufig unbestimmbar, zurückgestellt. — Die Arbeitseinteilung für die nächste Woche wurde vorgenommen.

i. Oberwisheim. Aus der Gemeinde. Bürgermeister Bübn, der sich hier größter Achtung und Verehrung erfreut, hat jetzt auf ein 25jähriges Jubiläum als Bürgermeister zurückblicken. Bei der Beratung des Voranschlags kam es zu derart wilden Auseinandersetzungen, daß die Sitzung ergebnislos abgebrochen werden mußte.

Aus der Stadt Durlach

Schauturnen des Turnvereins Durlach-Aue

Das diesjährige Schauturnen des Turnvereins am Sonntag, 9. August, mit dem zugleich ein Gartenfest verbunden war, hatte einen sehr zahlreichen Besuch aufzuweisen und hat dadurch seinen Zweck voll erfüllt. Die sportlichen Wettkämpfe begannen morgens um 8 Uhr und waren sehr gut besucht. Anerkennenswert ist die bereitwillige Mitarbeit der älteren Mitglieder, die sich zur Verfügung gestellt hatten. Nachmittags 3 Uhr

traten die einzelnen Abteilungen zum Schauturnen an und setzten in Freilübungen, Stabübungen und Geräteturnen ihr Können. Auch fanden Fußball- und Handballspiele statt, sowie am Abend Familienkutschfahrten der Schüler. Die Reusen wurden durchs Wasser und Bergansvorsätze ausgefüllt, so daß jeder Besucher auf seine Rechnung kam.

Die Ergebnisse der einzelnen Wettkämpfe sind folgende: Sportler (über 18 Jahre) Sechstampf: Di. Hellmuth 517 Punkte. Geißler Heinrich 377 Pkt., Walschburger R. 359 Pkt., Sportler (unter 18 Jahre) Sechstampf: Friedlein R. 392 Pkt., Kauffeld Otto 307 Pkt., Berich Berth. 241 Pkt., Fußballer (über 18 Jahre) Dreifampf: Schüller Herm. 275 Pkt., Walschburger R. 256 Pkt., Berich H. 250 Pkt., Fußballer (unter 18 Jahren) Dreifampf: Friedlein R. 226 Pkt., Renner R. 197 Pkt., Schüler (über 10 Jahre) Fünfkampf: Greiter Kurt 176 Pkt., Weigel A. 172 Pkt., Schüler (unter 10 Jahren) 166 Kurt 154 Pkt., Engelst W. 140 Pkt., Turnerinnen (über 17 Jahren) Sechstampf: Möhler Hanna 299 Pkt., Josef Elsa 293 Pkt., Eberhard Erna 281 Pkt., Turnerinnen (unter 17 Jahren) Sechstampf: Büdler Hilde 209 Pkt., Göb Wielief 196 Pkt., Reuter Gertr. 192 Pkt., Schülerinnen (über 10 Jahren) Fünfkampf: Herzog Rosa 262 Pkt., Kauffeld Anna 174 Pkt., Schülerinnen (unter 10 Jahren) Wettkampf: Kauffeld Emma 174 Pkt., Lind Ruth 172 Pkt.

Sport

3. Bezirk. Konferenz der Handballspieler

In Daxlanden fand am 16. August eine Konferenz der Handballspieler statt. Um halb 10 Uhr eröffnete Gen. Fischer die Konferenz und begrüßte den Vertreter des 3. Bezirks, Gen. Genth. Punkt 1: Geschäftliches brachte verschiedenes, wie Adressenänderungen, Bericht über die Spielaktivität und das Schiedsrichterwesen in der vergangenen Serie. Die Diskussion über diese Fragen war kürzlich, ein Beweis, daß die Handballfunktionäre ihre Arbeit zur allgemeinen Zufriedenheit ausübten. Um 10 ausgehender Tag zur allgemeinen der kommenden Serie werden die Wünsche der Vereine soweit es möglich war berücksichtigt. Die tabellarische Aufstellung erscheint in den nächsten Tagen an dieser Stelle. Beginn der Faust- und Tommehallserie am 30. August. Handballserie am 21. September. Am 13. September ist für den 3. Bezirk ausgetragen wird. Weiter wurde ein Antrag angenommen, daß in Zukunft die Schiedsrichter auch die Spiele der zweiten Mannschaften zu versehen haben. Wo nur ein Spiel der zweiten Mannschaften ausgetragen wird, soll nach Möglichkeit ein Schiedsrichter vom Platzverein amtierend, um den Vereinen die Auslagen zu ersparen. Unter Punkt 3: Bezirksangelegenheiten wurde um den Beschluß des Kreisfunktionsratbeschlusses angefordert. Der Bezirksfunktionsrat Gen. Kuttler verlas die Beschlüsse, die mit der Beschaffung der Bezirks- und Kreisbeiträge im nächsten Jahr und ermahnte dieselben, ihre Schuld bald zu begleichen, im anderen Falle über die betreffenden Vereine Spielrechte verhängt wird. Die Einwendung der Spieler ist schonen ist auch noch ein Schiedsrichter in der kommenden Serie besser wird. Nach Beantwortung einiger Fragen und Wünsche konnte Gen. Fischer die auf behaltene Konferenz schließen mit der Aufforderung, tatkräftig mitzuarbeiten am Aufbau der Handballbewegung im 3. Bezirk. A. Gb.

Leichtathletik

Karlsruhe gewinnt den Städtelkampf gegen Straßburg

Nach langem Bangen und Bangen ist die Straßburgfahrt der FFA-Leichtathleten nun doch noch ins Auge gefaßt. Fast 30 Sportler und Sportlerinnen haben sich am Samstag nachmittags auf die Reise, um unseren Straßburger Freunden den Gegenbesuch für die Teilnahme am „Internationalen“ im vorigen Jahre abzustatten. Am vornehmsten zu sagen: Die Karlsruhe'er Genossen sind wieder um ein Erlebnis reicher geworden. Mit welcher Herzlichkeit die Sportler in Straßburg aufgenommen wurden, läßt sich nicht leicht beschreiben. Beide Mannschaften haben für immer Freundschaft geschlossen und werden die Bande, wo immer es auch möglich ist, erneut befestigen.

Der Samstagabend sah die Klaffengenossen von hüben und drüben im Vereinslokal einige Stunden gemütlich beizusitzen. Das Wetter machte gerade kein freundliches Gesicht und ver sprach für den kommenden Tag nichts gutes. Um so mehr berichtigte eitel Freude, als am Sonntag morgen doch die liebe Sonne lachte und den Wettkämpfern, soweit sie sich an den Bezirks-Mehrkämpfen beteiligten, die Arbeit leichter machte. Die Städtelmannschaft hatte unterdessen einen Besuch in der Stadt gemacht und allerhand schöne Erinnerungen gesammelt.

Am Nachmittage wachte sich bei aufbelebter Trübne der eigentliche Städtelkampf ab. Auch in diesem Jahre war der Sieg der Karlsruhe'er, die wie auch die Straßburger Mannschaft nicht in allerbesten Aufstellungen antreten konnten, nie in Frage gestellt. Es muß aber unummwunden zugegeben werden, daß die Leistungsfähigkeit der Gläser ganz erheblich zugenommen hat. In einigen Jahren werden sie bestimmt einen mindestens ebenbürtigen Gegner abgeben.

Die einzelnen Disziplinen sah Karlsruhe jeweils am ersten Stelle. Die ersten Wettkämpfe brachten noch kein überflüssiges Bild über den Ausgang des Kampfes. Im Kugelstoßen und Diskuswerfen wurde der erste und dritte Platz belegt. Fecht war jeweils mit 9,91 und 29,40 Meter an erster, Molitor mit geringen Unterlegen Dritter. Der Weitsprung brachte das gleiche Punktergebnis. Kuppender holte mit 6,28 Meter vier Punkte, während Peit durch Peit mit 5,80 Meter Dritter wurde. Die eigentliche Werbung brachte der 800-Meterlauf. Hier war Peit wieder nicht zu schlagen. Für die schwere Bahn, erreichte er die hervorragende Zeit von 2,05 Minuten. Seewerzen brachte den Deutschen die nach dem ersten Platz durch Schulenburg und Stein ein. Nach der 400-Meterlauf sah unsere Mannschaft in Front. Während eines förmlichen Vollenbruchs lief Peit die schöne Zeit von 54 Sekunden. Schaffer hielt sich ebenfalls auf. Im 100-Meterlauf bewies Straßburg seine Formverbesserung. Bei Gegenwind blieb Kuppender zwar in 1,16 Sek. erster, doch wurde Molitor kurz vor dem Ziel noch abgehängt und wurde dritter. Eine gemischte Staffel wurde durch überlegenes Laufen des Karlsruhe' 800-Meter-Mannes sicher gewonnen. Stabochsprung sah Schulenburg a und Stein im Wettbewerb mit tüchtigen Straßburgern. Nach wechsellöblichem Glück brachte es Stein und Schulenburg auf 2,70 bzw. 2,60 Meter, und damit blieben die Straßburger im Hintertreffen. Hochsprung war eine schwache Seite der Straßburger, die die besten Plätze an Peit und Kuppender abtreten mußten. Die höchste Bahn sorgte für schlechte Ergebnisse. Peit kam auf 1,61. Die 4 mal 100-Meter-Staffel, die zuletzt gefahren wurde, war nochmals eine Delikatesse für die Sportenthusiasten. Straßburg lag beim Wechsel 3 noch in Führung und erst kurz vor dem Ziel wurde der Straßburger Schlussmann die Waffen strecken. — Der Abschluß kam nur zu früh. Von tausend Wünschen begleitet, begab sich die Karlsruhe'er im späteren Stunde auf den Heimweg. Für die liebevolle Aufnahme sei nochmals herzlich gedankt.

Tageskalender
der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Mittwoch, 19. August, abends 8 Uhr, findet im „König von Württemberg“ (Eingang Hängergasse) eine Bezirksversammlung statt, in der Genosse Stadtvater 2. Bm spricht. Die Parteimitglieder wollen für einen guten Besuch der Versammlung Sorge tragen.

Auskünfte der Redaktion

A. S. Karlsruhe. Die Bedienung, die Witme des leider verstorbenen Reichspräsidenten Ebert erhalte monatlich 7000 M Pension, ist genau so groß, als die Pensionen anderer verlorener Bediensteten der Weimarer Republik. Die Parteimitglieder wollen für einen guten Besuch der Versammlung Sorge tragen.

Obereckener: Georg Schöppin, Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt. Hermann Winter, für den Anzeigenteil: Gustav Fräber, Schriftliche Wohnung in Karlsruhe in Baden, Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft Volksfreund G.m.b.H., Karlsruhe.

Der Blick vom Mittwoch

Sportwolle -58
meliert, in vielen Farben, in Qualität - 1 Strang - 50 Gramm

Damen-Strümpfe 1.65
Künstliche Wäsche, 4-fache Versteifung, Zehenschutz, extra feinmaschig, Paar

Damen-Hüftgürtel 2.40
feinfarbiger Dreifach-Versteifung mit Seitenschluß, 2 breitt. Gummifalten und 4 Strumpfhalter

BURCHARD

Kleine badische Chronik

Das Autounglück auf dem Döbel

Letzte Woche ereignete sich, wie wir berichteten, auf dem Döbel ein Autounglück dadurch, daß ein Auto gegen einen Baum rannte, in Brand geriet und verbrannte, und mit ihm der Autolenker, ein Kurauß aus Herrnsfeld; der Mann war nahezu völlig verbrannt. Es wurde mitgeteilt, daß es sich um den Vertreter der Mercedes-Benz-Niederlassung in Bingen, einen Ingenieur v. Lacum handle. Einige Tage nach dem Unglück tauchten Gerüchte auf, daß es sich bei dem verbrannten Autolenker nicht um den Herrn v. Lacum handle, sondern daß hier ein Betrugsversuch, ähnlich wie bei dem Fall Lehner vorliege. Ueber die Angelegenheit wird nun der Neuen Badischen Landeszeitung aus Frankfurt folgendes berichtet:

„Die in der Öffentlichkeit aufgetauchten Zweifel an der Identität der in dem bei Herrnsfeld verbrannten Auto gefundenen Leiche mit dem Binger Mercedes-Benz-Vertreter v. Lacum haben die Staatsanwaltschaft von Mainz, die den mysteriösen Fall untersucht, veranlaßt, die Beschlagnahme der Leichenteile, die bereits freigegeben waren, neuerdings zu verfügen und den Frankfurter Gerichtschemiker Dr. Popp mit der Untersuchung der Leichenteile auf Silberspuren zu betrauen. Der Friseur Lacums, der diesen 23 Jahre lang bediente, gab mit Bestimmtheit an, daß Lacum eine silberne Hirnplatte getragen hat, so daß sich, wenn die gefundenen Reste die des Lacum sein sollten, solche Spuren in der Wäsche und in den Leichenteilen nachweisen lassen müßten.“

Wie jetzt einwandfrei feststeht, hatte der Vereschwundene Verbindlichkeiten in Höhe von 1140000 Mark. Im Schreibstil fand man bei einer postleierten Untersuchung ausgefüllte Wechsel in Höhe von 750000 Mark, die von Kunden stammten und noch in den Verkehr gebracht werden sollten. In dem ausgebrannten Wagen fand man übrigens neben einer Krawattennadel noch eine Reihe von angebrannten Wechseln, die ausgefüllt waren. Es erscheint jetzt auch sehr zweifelhaft, ob der Anrath des Wagens an dem Chausseebau so stark gewesen ist, daß der Wagen dadurch explodieren konnte, denn der Kibler war kaum eingebückt.

Bei der Staatsanwaltschaft haben sich inzwischen eine Reihe von Familien und Einzelpersonen aus Bingen gemeldet, an die Lacum vor seiner Abreise am Anlaufstag 17000 Mark, die er, ohne Belege zu hinterlassen, aus der Kasse entnommen hatte, verteilt hat. Die Empfänger übergaben die verteilten Gelder jetzt reiflos der Staatsanwaltschaft.“

Giftmordversuch

D3. Ostersheim (bei Schwetzingen), 18. August. Am Sonntag sind nach dem Genuß des Mittagessens der pensionierte Rangierarbeiter Geora Kurz, dessen Ehefrau und die ebenfalls dort wohnende Nichte plötzlich erkrankt. Der herbeigerufene Arzt stellte Beraufnahmegeräusche fest. Die Untersuchung hat inzwischen ergeben, daß in dem Salz, das die Ehefrau zum Herrichten des Essens benutzte, Arsenik enthalten war. Dasselbe muß in der Zeit vom Samstag abend bis Sonntag vormittag in das Salz gemischt worden sein. Der Arzt traf die notwendigen Maßnahmen, so daß in dem Befinden der Kranken eine Besserung zu verzeichnen ist. Der Tatverdächtige sind die im gleichen Hause wohnenden Eheleute Klein, eine Tochter des Kurz. Schon seit Jahren haben die beiden Familien stets in Mietrausch gelebt. Der Grund sollen Erbschaftsangelegenheiten sein. Erst vor kurzem hat der Schwiegerohn seinen Schwiegervater der Blutschande beschuldigt, die Unterfuchung verließ jedoch ergebnislos. Nun klagt der Schwiegermutter wegen Beleidigung. Die beiden Eheleute Klein wurden gestern abend als der Tatverdächtige in Haft genommen und ins Bezirksgefängnis nach Mannheim überführt. Beide bekreiten nach wie vor die Tat. Ueber die Herkunft des Arsenik konnte noch nichts festgestellt werden.

Schwerer Verkehrsunfall

Wiesloch, 18. August. Aus dem Nachhausewege nach Ruhloch wurde der Reichswehrsoldat Georg Schneck gegen 11 Uhr nachts bei der Haltestelle der Heils- und Pfalzstraße von einem Wieslocher Personenkraftwagen von hinten angefahren und auf der Schiene gefahren. Schneck wurde auf die Seite geschleudert und erlitt schwere Verletzungen am Kopf. Der Eigentümer des Wagens brachte ihn zunächst zu einem Arzt und nach Anlegung eines Notverbandes in das Heidelberger Krankenhaus.

Feuer

Nordrach, 17. August. (Ein Meldung.) Heute wurde Nordrach plötzlich durch Feueralarm aufgeschreckt. Das Gebäude des Landwirts Himelsobach im Hintertal stand vollständig in Flammen und brannte bis auf seine Grundmauern nieder. Die Frucht- und Heuernte ist vollständig verbrannt. Der Schaden ist sehr groß. Ob alles durch Versicherung gedeckt ist, kann noch nicht festgestellt werden.

Wie und ein Teil landwirtschaftlicher Geräte konnten gerettet werden. Der Feuerwehrmann Otto Lehmann zog sich bei den Löscharbeiten leichte Verletzungen zu.

Ein Schwarzwaldhaus eingestürzt

St. Georgen, 18. Aug. Wiederum ist ein altes Schwarzwaldhaus ein Opfer der Flammen geworden. Gestern abend zwischen 8 und 9 Uhr entstand im Waldhof des Johann Georg Meißner in Stodburg ein Feuer, das in drei Stunden das Gebäude bis auf die Grundmauern einäscherte. Obwohl die Motorspritzen der benachbarten Orte bald zur Stelle waren, konnte nichts mehr gerettet werden. Etwa 100 Zentner Heu verbrannten mit. Das Großvieh konnte noch rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden. Das Anwesen ist mit rund 45000 Mark versichert.

Odenheim (Amt Bruchsal). Ein nachts durchfahrendes Auto geriet infolge heißelaufenen Motors in Brand und wurde völlig eingestürzt.

Raugenbrücken (Amt Bruchsal). Ein im Walde umherziehendes junges Wildschwein wollte ein junger Mann töten. Durch das Geschrei des Tieres fürzte die Wildschweinnutter herbei und der junge Mann mußte sich auf einen Baum retten. Nur durch Hinunterkommen von Destringer Sägen konnte das rasende Tier unschädlich gemacht werden.

Heidelberg. Montag vormittag überholten sich Ede Sürmanstrohe-Tribautstraße zwei hinter einer Radfahrerin verkommene Autos. Die Radfahrerin, die in der gleichen Richtung fuhr, wollte in die Tribautstraße einbiegen, wobei sie jedoch unter die Räder eines der Autos kam. Sie hat ansehend kein Zeichen gegeben, daß sie nach links einbiegen beabsichtige. So wurde sie so unglücklich erfaßt, daß sie vom Rad stürzte und mit dem Oberkörper unter das rechte Vorderrad des Autos kam. Die Frau, die offenbar in Heidelberg wohnhaft ist, scheint sehr schwer verletzt zu sein und wurde vom Autoführer sofort ins Krankenhaus gefahren. Mannheim. Dienstag nach gegen 1/2 12 Uhr wurde ein 88 Jahre alter Pensionär von einem bis jetzt noch unbekanntem Täter überfallen und durch Schläge auf den Kopf, die vermutlich mit einem

Hammer geführt wurden, lebensgefährlich verletzt. Der Täter überfiel im 65. Sandweg eine Drahtzäunung, drang in die Wohnung eines Händlers ein und von dort in das Schlafzimmer des Greises. Der Täter scheint es auf einen größeren Geldbetrag abgesehen zu haben, doch ist noch nicht erwiesen, ob es sich um einen Raubüberfall handelt.

Rheinsheim. Ein neues Banner haben sich die Bitter von Rheinsheim erkauft, nachdem das alte, das sie bei ihrer Bürgermeisterei so schön geschwungen, am 9. August in Freuden so jämmerlich verrotten hat. Am Versammlungstag prangte das Haus eines Gemeinderats (der Name tut nichts zur Sache, denn Mater gibt es viele bei den Hülern) in einem sonderbaren Schmud. An einer schwarz-weiß-roten Fahnenstange baumelte ein — Trauerkloß, auf Halbmaß gehüt. Die Leute haben sich nun darüber die Köpfe zerbrochen, was das zu bedeuten hat. Darüber gibt es nun verschiedene Meinungen: Entweder der Herr Gemeinderat trauert um die Felle, die seiner Partei am 9. August davongeschwommen sind, oder um den großen Stimmenverlust, den die Reaktion seit den letzten Wahlen erlitten hat, oder aber nur die Millionen, die diese große Blamage gekostet hat. Es kann auch sein, daß er trauert, in der Hoffnung aufs „Dritte Reich“ Gemeinderat geworden zu sein. „Drittes Reich ermache!“ Solche Trauerwebel machen keinen Effekt, sie und ihr Besizer fallen der Lächerlichkeit anheim. Heu!

* Sodenheim. Der Kraichbach hat wieder ein Opfer gefordert. Der 4 Jahre alte Sohn des Hilfsarbeiters Leonhard Brandenburger kam mit andern Kindern gestern früh an die Kraichbrücke, geriet in einem unbewachten Augenblick in den hochgehenden Bach und konnte erst bei der Eisenbahnbrücke als Leiche an Land gebracht werden.

Rensingen. An einer Wegkreuzung stehen infolge falschen Einbiegens der von der Fortbildungsschullehrerin Greifenstein von Oberhausen gesteuerte Personennagen und das Motorrad des Blechners Berner von Kindern zusammen. Berner fuhr auf das rechte Vorderrad des Wagens auf und warf diesen um. Während die Fahrerinnen mit dem Schrecken davonliefen, erlitt der Blechner mehrere, wenn auch nicht schwere Verletzungen. Die beiden Fahrzeuge wurden schwer beschädigt.

Albrunn. Der 31 Jahre alte Arbeiter Stiefelhof wurde in der Nacht zum Montag auf der Straße zwischen Albrunn und Dörsen von einem Muggers Auto angefahren und so schwer verletzt, daß er kurze Zeit darauf starb. Der Kraftwagen wurde von der Gendarmerei festgehalten.

Böhrenbach. In Schönbach verunfallte ein Motorradfahrer dadurch, daß ihm eine Kuh ins Rad sprang und ihn zu Boden schleuderte. Der Verunglückte wurde mit einem Schädelbruch ins Krankenhaus eingeliefert.

Bühler Frühweizhgen kommen auf den Markt

Bühl liegt inmitten in einem Obstbaugelände, das nördlich von Baden-Dos, südlich von Renschen begrenzt ist. Dorthin dehnen sich prächtige Weizhgenbaumwälder im Bühler Tal und in den Seitentälern aus, die sich gegen rauhe Vorberge durch das Gebirge, verläuft, ob der saftigen, rindlichen Erzeugnisse weit über Deutschlands hinaus. In diesen Tagen des geschätzten Volksnahrungsmittels lockt es uns, dem Städtchen einen Besuch abzustatten. Die sagenhaft aromatischen, blauen Bühler Weizhgen wollen wir kennen lernen und das ging am einfachsten und unauffälligsten auf dem

Frühweizhgenmarkt in Bühl

der eine Art Großmarkt darstellt. Die Ernte wird als Viertel-ernte bezeichnet, da Regen und Wind die Blütezeit beinträchtigt. Die Qualität wird als vorzüglich gerühmt, da die frühe Witterung das Obst fest werden ließ. Die Obstzüchter aus den Dörfern rund um Bühl kommen mit flachen, federnden Handkarren ins Städtchen, auf denen sie in Weidenkörben 3 Zentner Obst im Durchschnitt stehen haben. Neben Frühweizhgen, Erdbeeren, Birnen und neuerdings Pfirsiche. Die Wagen werden mit Hilfe der Polizei dicht aneinandergepreßt längs der Bürgersteige und um 2 Uhr beginnt der Markt. Die Verkäufer aus Deutschland und dem Ausland, namentlich aus der Schweiz und Belgien, betrachten sich die Ware, fragen nach dem Preis, öffnen und schmecken, was sollen sie kosten? und zulettendfalls übergeben sie dem Bauern einen Zettel mit der Firma und der Bezeichnung eines geschätzten Volksnahrungsmittels der Eigentümer des Obstes nach Schluß des Marktes und die Ware wird im Hofe der Wirtschaft abgenommen und in Spantkörben zum Versand fertig gemacht. 4000 bis 6000 Zentner ist die Anzahl eines normalen Markttag, die natürlich in diesem Jahre nicht erreicht wird. Im Jahre 1929, einem besonders guten Erntejahr, wurden 465000 Zentner Stein- und Beerenobst geerntet, darunter über die Hälfte Frühweizhgen. Der Durchschnittspreis für das Pfund beträgt augenblicklich 15 Pfennige.

Sämtliche Großstädte Deutschlands kommen als Abnehmer in Frage vor allem Berlin. Ueber Hamburg geht der Versand nach England. Auch nach Königsberg werden die Spantkörbe verschickt, immer 20 Pfund im Korb, ebenso nach Leipzig, München, Stuttgart und nach dem Rheinland. Belgische Verkäufer haben in diesem Jahre bereits 300 Zentner abgenommen, die Schweizer gehören schon zum eifernen Bestand bei jedem Obstmarkt. Die Reichsbahn verfrachtet bis zu 240 Waggons an Markttagen mit großer Anfuhr; bei einem Markttag der vergangenen Woche, am Samstag wurden an Abend 103 Waggons zu 40 bis 100 Zentner Weizhgen geladen.

Der heutige geregelte Marktbetrieb läßt kaum absehen, wie unglücklich und schwerfällig das in früheren Jahren vor sich ging. Der älteste noch lebende Obstbändler Kobler in Bühl, der vor 50 Jahren schon sich auf den Detailverkauf der Bühler Weizhgen „erworben“ hatte, und bis nach der Schweiz hinauf mit seinen Waren wanderte, weiß darüber zu erzählen. Vor 70 Jahren war die Weizhge bei Appenzel in der Tat entsetzt und dann geschickt worden, die einfachen Rebenbauern wurden zu Obstbauern. In früheren Zeiten begann der Markt früh um 5 Uhr und die Obstzüchter brachten schon um 2 Uhr nichts auf, um mit ihrem Stein- und Beerenobst in ihren Tragekörben auf dem Rücken rechtzeitig nach Bühl zu kommen. Die taxierte der Händler die Früchte ordentlich und nicht nach dem Gewicht, aber die Bauern wußten sich bald zu helfen und gaben dem Boden ihrer Weidenkörbe eine Biegung nach oben, um die Menge des Obstes zu vermindern. Schließlich einigte man sich auf den Verkauf nach dem Gewicht. Das Heranbringen des Obstes erfolgt meist noch in Weidenkörben, der Verkauf aber ausschließlich in Spantkörben, zu deren Herstellung sich eine ganze Industrie angegliedert hat, wie überhaupt die Verwendung des Städtchens auf Geduld und Verberb mit dem Obstbau und dem Obsthandel verbunden ist. Augenscheinlich wird übrigens gerade der Jahrmarkt abgehalten, eine psychologisch sehr richtige Spekulation auf die Genußarbeit der Besucher und Käufer, ihre Gelder in Waren des täglichen Bedarfs oder in leichteren Dingen auszugeben.

Die diesjährige Ernte ist schlecht ausgefallen, eine Viertelerteinte geworden und der Absatz unter der ungünstigen Wirtschaftslage. Neben den Obstwagen stehen die ärmlichen vierwädrigen Wägelchen aus Weiden geflochten mit abgearbeiteten Bauernfrauen dahinter. Die Großstadtbewohner haben kein Geld mehr oder nicht mehr so viel wie früher für die saftigen Früchte eines vom Klima begünstigten Landstriches, und so wirkt sich die Wirtschaftskrise bis in das hinterste, östliche Tal des Mittelschwarzwaldes aus. Auch die schönen Bühler Weizhgen hängen uns heute etwas zu hoch

Drosselung der Einwanderung nach Amerika

Die Einwanderung nach Amerika wird nach den Berechnungen des amerikanischen Arbeitsministeriums im Rechnungsjahr 1931 kaum 50000 Seelen ausmachen, während die Zahl der Deportierungen ungeleglich eingewanderten Ausländer über 20000 betragen dürfte. Mit diesen Ziffern wird ein neuer Rekord in der niedrigsten Einwanderungszahl seit einem Jahrhundert aufgestellt werden. Seit dem Jahre 1881, wo die Einwanderung 2633 Seelen ausmachte, wurde die Ziffer von 50000 in jedem Jahre weit überschritten. Im Jahre 1930 wanderten 97000 Ausländer ein und 18000 wurden ausgewiesen. Im Mai 1931 belief sich die Einwanderungszahl auf 3783 gegen 19414 im Mai des Vorjahres.

Bruststätten der braunen Pest

Das sozialdemokratische Volksblatt in Detmold veröffentlicht ein „Streng vertrauliches“ Rundschreiben des abgeleiteten Vorsitzenden der Detmolder NSDAP-Ortsgruppe, das dieser an die Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei Ende Juli 1931 verandt hat. Darin wird der Kampf geschilbert, den die Detmolder Ortsgruppe seit Sommer vorigen Jahres gegen den künftigen Bezirksleiter der NSDAP, Dr. Fuhrmann, führt. Das Ergebnis dieses Kampfes sei der Austritt zahlreicher Mitglieder und die Bismarkung der Tätigkeit der Ortsgruppe. Dieser Kampf sei konspontatisch für die ganze Bewegung und lasse wichtige Rückschlüsse auf das Wesen der Bewegung und die zukünftige Entwicklung zu.

Eingehend wird dann in dem Rundschreiben geschilbert, wie der Bezirksleiter durch seine rücksichtslosen und diktatorischen Methoden die Mitglieder der Ortsgruppe, die sich aufgebracht habe. Eine ganze Anzahl von Beschwerden, die an die Gauleitung gerichtet und berechtigt waren, aber abgelehnt wurden, werden aufgeführt. Die Folge sei gemeldet, daß die in der NSDAP, bestehenden Mißstände nicht abgestellt worden seien und der Korruption Tür und Tor geöffnet sei. Der Vorsitzende der Ortsgruppe, Major Strobel, der die Beschwerden an die Gauleitung richtete, sei deshalb abgelehnt worden, während der Bezirksführer, der das Recht verleiht habe, im Amt bleibe. Ein Führer, gegen den so viele berechtigte Beschwerden vorliegen und der einen derartigen Sturm der Entrüstung entsetzt habe, müsse abgelehnt werden, andernfalls werde ein verrottetes System gestiftet und gerade das getan, für dessen Beseitigung die Bewegung eine in tausend Versammlungen bekräftigte Verpflichtung eingegangen sei. Das letzte in der NSDAP, übliche System der Führerauslese müsse früher oder später die Bewegung auseinanderprengen.

Das Interessanteste an dem Rundschreiben ist wohl, daß die Anhänger des Hitlerischen Diktaturgedankens gegen die von ihnen selbst propagierte Diktatur rebellieren, sobald sie sie an eigenen Leiden verspüren. Da entstehen sie plötzlich, daß die Diktatur keine gute Führerauslese gewährleistete und sie merken etwas von der Berechtigung demokratischer Gedankenänge.

Mörder KPD.



„Haben wir 'ne neue Parole aus Moskau?“
„Nein, du kannst ruhig weiter abstecken!“

Soziale Rundschau

Weiter aufwärts bei der Volksfürsorge

Ein Lichtblick in der heutigen trostlosen Lage der Wirtschaft ist die sehr günstige Entwicklung der wirtschaftlichen Eigenunternehmungen der Arbeiterklasse. Selbstverständlich übt die Wirtschaftskrise auch in deren Entwicklung eine hemmende Wirkung aus, aber die im Kern gesunden Unternehmungen fühlen die Krise längst nicht so stark wie die meisten privaten Wirtschaftsbetriebe. Dies bewies auch kürzlich der Jahresabschluss für 1930 der Volksfürsorge, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiongesellschaft. Seit liegt nun das Ergebnis für das erste Halbjahr 1931 vor. Vom Januar bis Juni wurden insgesamt 159461 neue Versicherungsanträge mit 8919232 RM. Versicherungssumme eingereicht. Der Prämienjahrsbeitrag für die Volksversicherungsanträge (die sogenannte kleine Lebensversicherung mit monatlicher Prämienzahlung) auf monatlich 357500 RM. und für die Lebensversicherungsanträge mit vierteljährlicher Prämienzahlung auf 68290 RM. vierteljährlich. Das Ergebnis kann als ein glückliches bezeichnet werden, wenn man berücksichtigt, daß es besteht die arbeitende Bevölkerung ist, die Versicherungen bei der Volksfürsorge abschließt, und gerade diese Kreise tragen heute die größten Opfer.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Die Zirkone, die seit mehreren Tagen unsere Witterung beherrscht hat, ist inzwischen soweit verflüchtigt und nach Osten weitergewandert, daß ihr Einfluß für uns nicht mehr in Frage kommt. Südwestlich von England ist nunmehr eine neue Zirkone in Erscheinung getreten, an deren Vorderseite sehr milde subtropische Luft nach dem Festlande einströmt. Es wird daher heute vorübergehend aufbessern und trocken bleiben. Erwärmung ist bereits eingetreten. Mit allgemeinen Witterungscharakter ist jedoch auch für die nächste Zeit keine Veränderung zu erwarten. Die noch über dem Ozean bis zur amerikanischen Küste voranbreiten und südlichen Ketten von Zirkonen stellen bei anhaltender Zufuhr feuchter, maritimer Luft weiterhin veränderliches Wetter in Aussicht.

Wetterausichten für Donnerstag, den 20. August 1931:
Nach vorübergehender Besserung neue Trübung. Zeitweise Regen und ziemlich warm.

Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

19. August

1662 Französischer Philosoph B. Pascal. — 1780 Französischer Dichter P. de Marigny. — 1819 J. B. Watt, Erfinder der Dampfmaschine. — 1895 Gründung des Internationalen Genossenschaftsbundes in London. — 1921 1. gewerkschaftliche Jugendkonferenz in Kassel. — 1926 Eisenbahnkatastrophe bei Leiferde.

Wir wollen Gerechtigkeit

Das ist der Ruf des Menschen, das er etwas Höheres und Besseres, als er selber ist, zu erkennen vermag. Siehst du in deinem Alltag aus dem Alltag heraus und hinauf? Erkennst du das Größere, zu dem wir Menschen geboren? Oder bist du gefangen vom Tag, seinen Mühen, seinen Sorgen, seinem Einerlei?

Wir Menschen können nicht leben, ohne den Glauben an das Bessere, das kommt. Von heute auf morgen leben auch die Tiere dahin. Kein Lebewesen hat andere Gedanken, als die an den Tag und seine Ereignisse. Nur dem Menschen ist es gegeben, über den Tag hinauszuweisen in neue Tage und ein Besseres zu erkennen, das eine neue Zeit einmal bringt.

Es ist ein Stück vom Wesen des Menschen, zu glauben. An das Neue zu glauben, an eine Zukunft, an ein Ideal. Wenn der Mensch auch fast macht und Würde hat, nur die Würde und die Ruhe bedeutet, die Not bei uns darf nicht in gleicher Weise auf uns wirken! Sie darf uns nicht lähmen! Ohne den Glauben an den Menschen und seine neue Freiheit haben wir auch für den Kleinsten des Tages nicht die ganze Kraft.

Wenn wir an Sozialismus glauben, werden wir stark. Weil ein Ideal uns leuchtet, drängen sich die Massen um unser Banner. Das Ideal Sozialismus soll weiter leuchten, heute wie zu allen Zeiten, gerade heute in dieser schweren Sorgenzeit.

Es geht um den Frieden. Es geht um die härteste Wirklichkeit. Aber mit dem Frieden der Wirklichkeit geht um das Recht. Die Idee der Gerechtigkeit ringt sich an allem.

Und das ist das Wesen unseres Glaubens, das einmal nichts als Gerechtigkeit sein wird, und das die Gerechtigkeit, die wir heute im Kleinsten erzwingen, morgen der tiefe Sinn des ganzen Lebens ist.

Dr. Gustav Hoffmann

Ehrung städtischer Arbeiter und Beamten

Am dekorierten Saale der Restauration „Bursch“ fand am vergangenen Samstag die Ehrung von 14 Verdienstverdienenden der Stadt, Gasmeters für 40- und 25-jährige Dienstzeit statt. Die Feste war umrahmt von einem künstlerischen Programm, das den Festen wurde vom Karlsruher Musikverein, dem Feuchter-Quartett (Gelandereim Vorwärts) und einem humoristischen Quartett des Gesangsvereins Vassalla. Außerdem wirkten noch Vereinsmitglieder und Kollegen des Gesamtverbandes mit, so Kollege Schwarzenböckler als Bariton, eine Akrobatengruppe der Karlsruher Arbeiterkassen, bestehend aus dem Kollegen Schöll und Hill. Es war ein würdevolles Arbeiterfest, diese Ehrung. Die Darbietungen aller Mitwirkenden zeigten dieses Können.

Seitens der Stadtverwaltung resp. der Betriebsdirektion waren erschienen die Herren Stadtdirektor G. Linger, Baurat Sentele und Oberverwaltungsinspektor Doerrhauk und der Bevollmächtigte des Gesamtverbandes, Kollege Koch.

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßte der Betriebsratsvorsitzende, Kollege Böhm, die Vertreter der Stadt, der Organisation und die Jubilare nebst Angehörigen. Er wies auf die Bedeutung der Feierlichkeit hin. In dieser langen Zeit der Mitarbeit haben sich die Kollegen sowohl in ihren beruflichen als in ihren privaten Kreisen erwiesen. Er wünschte diesen alten Jubilaren noch längere Zusammenarbeiten mit ihren übrigen Mitarbeitern. Herr Betriebsratsvorsitzender, der ebenfalls zu den Jubilaren gehört, landete aus dem Schwarzwald telegraphische Glückwünsche.

Herr Stadtdirektor G. Linger überbrachte im Auftrag der Stadtverwaltung den Jubilaren ebenfalls Glückwünsche. In seinen Ausführungen gab er einen kurzen Rückblick über die Entwicklung des Werkes und der Mitarbeit der Jubilare. Vor 25 Jahren war das Werk noch klein. Kaum 8 Millionen Kubimeter wurden erzeugt. Zur Kohlenförderung waren damals bereits 30 Mann erforderlich. Die Beschäftigung der Kohle erfordert heute noch kaum 4 bis 6 Mann. Das Werk an sich hat die heute eine außerordentliche Ausdehnung in räumlicher Art, sowie auch eine ähnliche Entwicklung zu verzeichnen. Heute ist die Gasproduktion 28 bis 30 Millionen Kubimeter. Auch in technischer Hinsicht hat das Werk eine fabelhafte Entwicklung in diesen 25 Jahren durchgemacht. Unsere Jubilare können stolz sein darauf, in einem durchgehenden und wirtschaftlichen Betrieb im Interesse der Allgemeinheit gearbeitet zu haben. Freuen wir uns mit ihnen, auch an diesem Ehrenabend feststellen zu dürfen, daß sie stets ihre ihnen aufgetragenen Pflichten zur Zufriedenheit erfüllt haben.

Kollege Koch überbrachte die Grüße der Ortsverwaltung des Gesamtverbandes. In martialischen Strichen zeigte er die gegenwärtige ökonomische Lage der deutschen Arbeiterklasse unter Verursachung der Vorteile der Arbeiterschaft der kommunalen Betriebe gegenüber der Arbeiterschaft in privatkapitalistischen Betrieben. Auf die sozialen Errungenschaften eingehend, wies Kollege Koch nach, daß dies einzig und allein durch die geschlossene Bilanz innerhalb der Organisation erreicht werden konnte. Im Gegensatz zu der Lebens der privatkapitalistischen Betriebe, in denen die junge trotende Kraft der Arbeiter ausgenutzt und ausgebeutet wird, und wenn sie ihrer Kraft beraubt sind, im fortgeschrittenen Alter als verwerfliche und verbrauchte Menschen unbarbarisch der Not preisgegeben werden durch den Einzug des Alters aus den Betrieben, ist durch gezielte Organisationsarbeit für die Arbeiterschaft in kommunalen Betrieben für ihren Lebensabend durch Schaffung einer Ruhestandsordnung Sorge getragen. Dies durch die Organisationsarbeit kann nicht hoch genug angeschlagen werden. Es dürfte für unsere Jubilare eine innere Veruhigung sein, zu wissen, daß sie, wenn sie ins hohe Alter kommen, weder darben noch Not zu leiden brauchen. Als erfreulich für den Tag selbst dürfte sein, daß unsere Kollegen nicht nur den Dank in Worten ausgesprochen bekommen. Auch hier ist es wieder die Arbeit der Organisation, daß den Jubilaren auch die Anerkennung ihrer geleisteten Dienste in einer Barunterstützung zuteil wird. Alle Arbeiter in städtischen Diensten, die 25 und mehr Jahre beschäftigt sind, erhalten ein Ehrengeld in Höhe von 25 Jahren 50 M., nach 40 Jahren 100 M. und nach 50 Jahren 200 M. Alles das darf als positive Arbeit der Organisation bezeichnet werden. Auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen eingehend, verwies Kollege Koch auf die Sturmzeiten, die auf Grund eines angeblichen Lohnabbaues aufstiegen. Organisationsarbeit ist Kulturarbeit. Sie wird geleistet im Interesse der arbeitenden Klasse. Deshalb Freue um Treue! Das ist auch der Maßstab und Glückwunsch an die Jubilare seitens unserer Zentralleitung.

Als Jubilare kommen für das Werk in Frage: 40-jährige Dienstzeit Kollege Baus, 25-jährige Dienstzeit die Kollegen Gaud, Marquardt, Senfmann, Vans, Wäsel, Reich, Wid, Meßger und Herz. Auch Herr Baumannmann Wachter kann auf eine 25-jährige Dienstzeit zurückblicken.

Aus der Praxis des Fürsorgeamtes

(Schluß)

In einer Familie, bestehend aus Mann, Frau und 2 in Verdienst stehenden Kindern, wird der Mann arbeitslos. Er kommt schließlich in die Krisenfürsorge. Die von dieser gewährte Unterstützung in Höhe von 15 Mark bringt er seiner Frau. Diese nimmt das Geld, wirft es dem Mann an den Kopf mit den Worten: „Für die paar Mark kann ich dich nicht verkaufen, geh aufs Fürsorgeamt, die sollen dich verwalten!“ Der Mann teilt dies dem Fürsorgeamt mit. Dieses muß aber die Unterstützung ablehnen, weil in der Familie selbst genügend Einkommen vorhanden ist. Damit ist aber der Fall keineswegs erledigt. Der Mann läuft vielmehr zu verschiedenen Organisationen, Regierungsstellen bis zu den höchsten Instanzen und beschäftigt auch die Vertreter nahezu sämtlicher auf dem Rathaus vorhandenen Parteien mit dem Erfolge, daß er schließlich doch unterstützt wird. Da die Verhältnisse pflichtgemäß von Zeit zu Zeit nachgeprüft werden müssen, wiederholt sich das Spiel immer wieder. Alle Versuche, Kladderfasch zu erhalten, scheitern. Der Fall kommt somit jahrelang nicht zur Ruhe und verursacht bei sämtlichen Instanzen eine riesige Fülle von Arbeit, die in keinem Verhältnis zu dem Erfolge steht. Er bemerkt aber auch gleichgültig, wie notwendig es war, daß die Erstattungspflicht durch den Gesetzgeber klar geregelt wurde.

Die Frau eines Fürsorgeempfängers bekommt jedes Jahr ein Kind. Jedes Jahr verlangt sie auch vom Fürsorgeamt eine komplette Säuglingsausstattung. Der zuständige Beamte, der auf Sparmaßigkeit sehen muß und Erfahrungen in diesen Dingen hat, sagt zu der Frau: „Sie haben doch vor 2 Jahren und auch voriges Jahr eine Säuglingsausstattung bekommen. Davon müssen Sie doch noch etwas haben.“ Auf die Antwort der Frau, daß sie keine Säuglingswäsche mehr habe, sagt der Beamte: „Da wird halt auf Kosten des Fürsorgeamtes darauflosgekauft.“ Durch diese Redensart erbt, läuft die Frau zu ihrem Vertrauensmann und erzählt, der Fürsorgebeamte habe ihr vorgeworfen, daß sie jedes Jahr auf Kosten des Fürsorgeamtes ein Kind bekomme. Das wird natürlich angefaßt — wie überhaupt den Aussagen der Fürsorgeempfänger vielfach mehr Glauben geschenkt wird, wie den Angaben der Beamten — und in großer Entrüstung dann erklärt, dieses Verhalten des Fürsorgeamtes müsse in aller Öffentlichkeit gebrandmarkt werden.

Ein früher bei der Eisenbahnbauunternehmungen tätiger Militant besog früher ein Bartgeld von monatlich 170 RM. Trotz Warnung von verschiedenen Seiten läßt er sich obfinden. Er erhält eine Abfindungssumme von 4000 RM. Drei Monate später erscheint er beim Fürsorgeamt mit dem Antrag, ihm eine laufende Wochenbeihilfe zu bewilligen, da er kein Geld mehr zum Lebensunterhalt habe.

Eine über 40 Jahre alte Krisenwitwe leidet laut ärztlicher Bescheinigung an nervös-hysterischen Anfällen. Sobald der Fürsorgebeamte erklärt, ihre (sehr zahlreichen) Anträge auf Unterstützung abzulehnen zu müssen, bekommt sie jedesmal prompt ihren Anfall. Da der Beamte angesichts der Regelmäßigkeit dieser Anfälle Verdacht schöpft, erklärt er ihr eines Tages, er habe nunmehr einen Eimer kalten Wassers herbeigeschleppt, den er ihr über den Kopf schütten werde, wenn sie wieder einen Anfall erhalte. Seitdem ist sie von ihren Anfällen beim Amt vollständig geheilt! Ihre bisherige reichliche Hinterbliebenenrente betrug monatlich 72 M. Auf Grund ihres Antrages erhält sie am 17. April 1931 die Rente anteilhaft in Höhe von 1641 RM, die ihr in der ausbehaftet werden. Bereits am 7. Mai, also 20 Tage später, erscheint sie wiederum beim Fürsorgeamt und fordert erneut Unterstützung.

Ein Privatmann, der Schulden hat, weiß sich zunächst nicht zu helfen. Sofort sucht er das Fürsorgeamt auf und verlangt Beilegung seiner Schulden, Auslösung der Beschlüsse oder jedenfalls Bewilligung eines Darlehens zur Befriedigung seiner Gläubiger. Naturgemäß gehört heute die Erfüllung derartiger Forderungen nicht zu den Aufgaben des Fürsorgeamtes. Es ist aber in zahlreichen Fällen dieser Art überaus schwer, die Gläubiger von ihrer mit stärkstem Nachdruck erhobenen Forderung abzurufen und ihnen bereitwillig zu machen, daß das Fürsorgeamt andere Aufgaben zu erfüllen hat.

Die Tochter einer Fürsorgeempfängerin, die bei ihrer Mutter wohnte, hat seitern ihren Wohnort gewechselt und 80 RM. ausbehaftet erhalten. Heute erscheint die Mutter beim Fürsorgeamt und will trotz des Verdienstes der Tochter Unterstützung. Die Tochter ist, wie in zahlreichen anderen Fällen, nicht davon zu überzeugen, daß sie gesetzlich und moralisch verpflichtet ist, mit ihrem Verdienst zum Unterhalt der Mutter beizutragen (ein sehr häufiger Fall). — Ein anderer Fürsorgeempfänger will seine Wäscherechnung bezahlt erhalten, weil er nur gekaufte Wäsche tragen könne. Ein weiterer Fürsorgeempfänger verlangt loabar bei der zuständigen Abteilung ein Fahrrad, damit er später fahren könne. — Ein verheirateter Bäcker wird mit seiner Ehefrau und seinen 2 Kindern seit Jahren aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge unterstützt. Er erhielt zuletzt monatlich 100 RM. Unterstützung. Trotzdem ihm bekannt ist, daß er zur wahrheitsgetreuen Angabe seiner Einkommensverhältnisse verpflichtet ist, hat er dem Fürsorgeamt gegenüber seinen Verdienst in Höhe von über 100 RM. monatlich ver-

schwiegen. Da der Fall besonders schwerwiegend ist, wird er der Staatsanwaltschaft anzeigt. Die Unterstützung wird entsprechend gekürzt. Statt sich hiermit zufrieden zu geben, legt er gegen die Kündigung Beschwerde ein.

Die Witwe eines Gärtners bezieht seit Jahren laufende Unterstützung. Bei allen Nachprüfungen, die immer wieder vorgenommen werden, verschweigt sie stets, daß sie für ihre Kinder monatlich über 120 RM. Rentenrente bezieht und im Jahre 1929 eine Rentennachzahlung von über 1100 RM. erhalten hat. Bei den wiederholten Befragungen, wie es mit der Rente stehe, hat sie stets angegeben, noch keinen Bescheid erhalten zu haben.

Eine Fürsorgeempfängerin bittet unter Vorlage von 3 Lohnbüchern um eine Mietbeihilfe für den Monat Mai. Als der Fürsorgebeamte an sie die Frage richtet, ob das auch ihre Lohnbücher seien, gibt sie an, daß der darauf verzeichnete Lohn ihren wirklichen Verdienst darstelle. Da eine Lohnbüchse so abgeriffen war, daß weder die Zeit noch der Name festgestellt werden konnte, bekommt der Fürsorgebeamte Zweifel an der Echtheit der Lohnbüchsen. Eine telefonische Anfrage bei der Arbeitgeberin ergibt dann in der Tat, daß die Fürsorgeempfängerin falsche Lohnbüchsen vorgelegt hat. Der Verdienst, der auf der Lohnbüchse mit 10 RM. vermerkt war, hatte in Wirklichkeit 19 RM. betragen. — Ein von seiner Ehefrau und seinen 10 Kindern getrennt lebender Ehemann schickt seine „Braut“ zum Fürsorgeamt, um seine laufende Unterstützung zu holen. Er sei bettlägerig krank. Der sofort nach der Wohnung entlassene Fürsorge stellt fest, daß der Ehemann überhaupt nicht zu Hause, sondern ausgezogen ist. — Die Ehefrau eines bekannten Fürsorgeempfängers erscheint mit einem Brief, worin ihr Mann sich von der Familie verabschiedet, denn „er könne das Geld nicht mehr länger mitanleben.“ Der Brief trägt den Poststempel Frankfurt-Basel. Die Frau ist natürlich in Tränen aufgelöst. Sofortige Nachprüfung ergibt, daß der Ehemann nach wie vor auf seiner Arbeitsstelle tätig ist. Seine Frau hat den Brief durch einen Bekannten in den Zug einwerfen lassen.

Diese kleine Blütenlese könnte leicht zu einem ganzen Bande erweitert werden. Welche Folgen sind aus ihr und hundert anderen ähnlich gelagerten Fällen zu ziehen.

Neben der allgemeinen Hebung der Moral und einer Verringerung der derzeitigen Geheubung im Sinne einer härteren Familienheubung der Angehörigen ist vor allem eine Stärkung des Familienbundes notwendig.

Weiter ist es aber auch erforderlich, daß die hiesige Bevölkerung die öffentliche wie die private Fürsorge in ihren Bestrebungen, die heute so überaus schwer auszubringenden Mittel nur bedürftigen und würdigen Personen zuzuwenden, unterstützt.

Alle Bürger der Stadt, insbesondere die Vertreter der Wohlfahrtsorganisationen, der Arbeitersekretariate, der Gewerkschaften und der Parteien aller Richtungen werden daher herzlich gebeten, das Fürsorgeamt in seiner so schweren Arbeit zu unterstützen. Diese Unterstützung kann am zweckmäßigsten dadurch geschehen, daß unbegründete Fälle von vornherein vom Fürsorgeamt abgehalten werden und zur Klärung ungerechtfertigter Unterstützung beigetragen wird. Insbesondere ist es eine ehrenwerte Aufgabe der Bürger und aller genannten Organisationen und Parteien, die Fürsorgeempfänger dahin aufzuklären, daß das Einkommen der Familie bei der Unterstützung angesetzt werden muß, und die gewährte Beihilfe dem Fürsorgeamt nach Behebung der Notlage wieder zurückerhalten ist.

Soweit die Mitteilungen des Fürsorgeamtes! Auch wenn, wie der Artikel erklärt, die Zahl derer, die die Fürsorge missbrauchen und die Fälle solchen Missbrauchs noch vermehrt werden können, werden diese unberechtigten Nutznießer der Fürsorgeeinrichtungen dennoch immer eine verschwindende Minderzahl gegenüber jenen Unterstützungsberechtigten sein, die wirklich in Not sind und die die Hilfe verdienen. Gegenüber den 22 000 unterstützten Personen bilden die obigen Schilderungen Ausnahmen. Aber gerade diese Ausnahmen sind es, die dem Amte die meiste Arbeit machen, sie sind es, die den Dienst und die Arbeit der Beamten erschweren und belasten, sie sind es auch, die den wirklich in Not befindlichen Fürsorgeempfängern die Hilfe und Unterstützung wegnehmen. Den ohne ihr Verschulden in Not geratenen Menschen fällt der Weg aufs Fürsorgeamt so schwer, wie der Weg aufs Arbeitsamt. Die Not, der Hunger zwingen sie zu diesem Schritt. Ein noch so kärglich durch Arbeit erworbenes Verdienst wäre ihnen tausendmal lieber, wie jede füroralische Unterstützung. Aber die Allgemeinheit hat die Pflicht, die Opfer einer unheimlichen Wirtschaftskrise vor dem Untergang zu retten. Staat und Gemeinde müssen die Last des sozialen Elends tragen. Sind die Mittel ohnehin schon knapp genug, reichen sie oft nicht aus, um der äußersten Not zu steuern, so dürfen sie aber nicht noch mehr gekürzt werden durch Mißbrauch sozialer Elemente, die den wirklich Bedürftigen das ohnehin ihnen schon kärglich genug zustehende noch schmälern. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, dürften die Veröffentlichungen des Fürsorgeamtes doch nicht unbeachtet bleiben.

Erholungskuren für unterernährte Mütter. Das Haus der Gesundheit in Karlsruhe, das sich bisher fast ausschließlich der Behandlung auf dem Gebiet der Gesundheitspflege gewidmet hat, ist neuerdings dazu übergegangen, während der Ferien auch praktische Gesundheitspflege zu betreiben, in dem es für besonders schonungsbedürftige und unterernährte Mütter aus der Stadt Karlsruhe eine vierwöchige Erholungskur während des Tages einrichtet hat. Es ist sehr zu begrüßen, daß solche Frauen, die nicht in der Lage sind, sich ganz von ihrem Haushalt loszulösen, wenigstens auf diese Weise Gelegenheit zu einer körperlichen und seelischen Erholung gegeben wird. Besondere Verdanke mit einer „fröhlichen Erholungskur“ für Mütter finden in Baden bisher nur ganz vereinzelt durchgeführt worden.

Wasserstand des Rheins

Basel 170, aef. 8; Waldsbut 353, aef. 14; Schutterinsel 278, aef. 35; Rebl 374, aef. 4; Wozau 577, aef. 16; Mannheim 524, aef. 1 Zentimeter.

Zur Gesichts-Bräunung aber auch zur Bräunung des ganzen Körpers bei Sonnenbrandverwendung verwenden Sie in reiner Pflanzung; fähig in blauer Packung, — Tube 60 Pf. und 1 M. Mischung unterstützt durch Vedor-Wesche Süd 60 Pf. Zu haben in allen Chlorodont-Verkaufsstellen. 1007

Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus. Die Beliebtheit der beliebigen Operette „Die lustige Witwe“ und ihre glänzende Wiedergabe durch das Künstlerpersonal bringen es mit sich, daß die Vorstellungen jenseits nahezu ausverkauft sind. Es sei daher besonders auf die heute abend 20 Uhr stattfindende Wiederholung aufmerksam gemacht.

Lichtspielhäuser

Smelling — Ströbling

Es sei auch an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß der sensationelle Tonfilm um die Dornelsterchast der Welt morgen Donnerstag letztmals in den beiden Lichtspielhäusern „Ball“ und „Reif“ zur Aufführung gelangt. Auch ist eine Verlagerung in „Reif“ des ganz großartigen Lustspiels „Das Götter“ und im „Ball“ des Barry Pleistines. Er oder Sie ansgeschlossen. Man verlaume deshalb diese letzten Möglichkeiten nicht, sich das Programm der beiden Lichtspielhäuser anzusehen.

Veranstaltungen

Mittwoch, den 19. August 1931.

Städt. Konzerthaus: Die lustige Witwe. 20 Uhr.
Stadtpark: Nachmittagskonzert. 16—18 Uhr.
Garten-Park: Der falsche Ehemann.
Kammer-Lichtspiel: Der falsche Ehemann.
Palast-Lichtspiel: Er oder Ich. Smelling gegen Ströbling.
Reisens-Lichtspiel: Das Götter. Smelling gegen Ströbling.
Schauhaus: Die Privatsekretärin. Bräutlein Gise.

